

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

10 (12.1.1912)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 1,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk., vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
 Sprechstunde nur von 1/12—1/11 Uhr.
 Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
 Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg.
 Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der
 Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere
 Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein.
 Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/7 Uhr.

Druck und Verlag:
 Buchdruckerei G. & C. o., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad.
 Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: **Germann Radel;**
 für den übrigen Inhalt: **Germann Winter;** beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Reichstagswähler!

Der Tag der Abrechnung ist da!

Heute soll Ihr Euer Urteil fällen über die Verbrechen der wechselnden Mehrheiten des Reichstags 1907—1911.

Ueber die Verbrechen eines Reichstags, der mit der Herrschaft des liberal-konservativen Blocks begonnen und mit dem Unheil der konservativ-ultramontanen Paarung geendigt hat.

Mit den Mitteln eines ungewöhnlichen Wahlschwindels war es dem verflochtenen Reichskanzler Bülow und seinen Trabanten gelungen, einen Teil des deutschen Volkes irre zu führen und die Zahl der sozialdemokratischen Mandate zu verringern.

Die Sozialdemokraten, die zuverlässigsten Vertreter und Freunde des Volkes, mußten dezimiert werden, damit die Feinde des Volkes im Reichstage freie Hand hatten. Nun, sie hatten die Macht ergaunert und das deutsche Volk hat die Folgen gespürt.

Die Segnungen der liberal-junkerlichen Vereinigung waren:
 Der Sprachenparagraf im Vereins- und Versammlungsrecht und die Entrechtung der jugendlichen Arbeiter.

Die Bewilligung jeder Forderung für Heer, Marine und Kolonien.
 Die Hinderung jeder ernsthaften Sozialreform.

Ueber die Verteilung der Kosten gerieten sich die liberalen und junkerlichen Bundesbrüder in die Haare. Vier Fünftel der Kosten wollten auch die Liberalen den Minderbesitzenden durch neue indirekte Steuern aufhalsen.

Aber die Junker wollten, die ihnen von den Liberalen geschaffene Gelegenheit benützend, ganze Arbeit machen und daneben noch einen neuen Millionenprofit an Schnapsliebessgaben einheimfen. Sie gaben ihren liberalen Helfershelfern den Laufpaß und vereinigten sich mit dem Zentrum.

Und obwohl die Zentrumsparthei im Jahre 1907 noch die heiligsten Eide geschworen hatte, den ohnehin bis zum Uebermaß belasteten Massen keinen Pfennig neuer indirekter Steuern aufzuhalsen, halfen sie jetzt zu den erst im Jahre 1906 bewilligten 200 Millionen (an Fahrkarten-, Zigaretten-, Frachtbriefsteuer usw.) in Gestalt der sogenannten Reichsfinanzreform den Junkern

eine halbe Milliarde

weiterer, im wesentlichen indirekter Steuern aus den Taschen der Armen und Ärmsten zu stehlen.

Gemeinsam aber beeilten sich die entlassenen liberalen Junkerdiener mit den Junkern und dem Zentrum bei der Rückversicherung

ordnung das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu zertrümmern und den Mutterchutz und Säuglingschutz zu verweigern.

Wieder nahen nun die liberalen „Sieger“ von 1907 mit neuen Versprechungen und alten läugerischen Phrasen den Wählern, auf deren Gutmütigkeit rechnend. Mit eiserner Stirn versuchen sie aufs neue durch verbrecherische Kniffe die Wähler in ihr Garn zu locken.

Aber die verurteilten Taten der ungeheuren Steuerbelastung mit ihren Folgen der Lebensmittelteuerung,

der Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter bei den Sozialgesetzen,

der Gefahr neuer gewaltiger Rüstungen und kriegerischer Verwicklungen, wie das kaum beschworene Unheil des leichtfertigen Marokkohandels,

der Bedrohung des Koalitionsrechts der Arbeiter, der Beamten in Staats- und Privatbetrieben

— alle diese Verbrechen zum Schaden der Massen und zum Vorteile der Großgrundbesitzer und des Großkapitals sind und bleiben unvergessen. Und darum Reichstagswähler müht die einzige Gelegenheit gründlicher Abrechnung und entscheidet Euch am 12. Januar für den Kandidaten der Sozialdemokratie

Oskar Trinks.

Wendet Euch ab von den in allen reichspolitischen Fragen nur für die Junker und den Millionenbesitz zuverlässigen Liberalen und folgt dem Rufe:

Auf zur Wahl für den Vertreter der in allen Nöten und Gefahren für das Volk verlässigen Sozialdemokratie, damit eine starke Linke im neuen Reichstage die Entwicklung des Reiches friedlich, fortschrittlich und freiheitlich beeinflusse.

Nieder mit den Parteien des Wahlschwindels und der Kriegshetze!

Auf zum Volksgericht am 12. Januar!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Zahme Elefanten.

In Indien fängt man wilde Elefanten, indem man eigens zu diesem Zweck dressierte Dichthäute derselben Art als Köder verwendet. Vistig lockt der dressierte Elefant seine freien Kameraden auf den umzäunten Jagdplatz und wenn sie, den Betrug merkend, sich zur Flucht wenden, haben sie schon die Säbelle um den Fuß, mit ihrer Freiheit ist zu Ende. Ganz nach der Methode indischer Elefantenzüchter geht jetzt Herr v. Bethmann Hollweg unter den Staatsbeamten und Staatsarbeitern auf den Wählerfang. Seine zahmen Elefanten, die Vertreter einiger Beamten- und Staatsarbeiterverbände, haben sich unter Führung des früheren Ministerialdirektors im Reichsamt des Innern just auf den Jagdplatz begeben, sie haben am Montag eine Sitzung abgehalten und laden nun ihre freieren Kameraden mit den Sirenenklängen einer Resolution, in der es heißt:

„Der 12. Januar ruft auch die Beamten und Arbeiter des Reichs- und der Bundesstaaten zur Wahlurne. Als freie Männer fallen sie das vornehmste Recht des Staatsbürgers, das Wahlrecht, ausüben, gebunden nur durch Pflicht und Gewissen, geleitet durch gereiften politischen Sinn. Daraus ergibt sich für den Beamten ohne weiteres seine Stellung. Sein Dienstverhältnis wehrt ihm schlechthin die Wahl eines Gegners der bestehenden Staatsordnung. Man lasse sich durch Spiegelfechtereien nicht irreführen! Eid bleibt Eid! Und Eidbruch bleibt Eidbruch! Wer den Dienstverpflichtung hat, kann also, solange er im Amte ist, einen Sozialdemokraten nicht wählen.“

Die Berufung auf den Dienstverpflichtung, der übrigens nur von den Beamten, nicht von den Arbeitern, geschworen ist, ist weiter nichts, als ein dreifacher Versuch, einen Teil der Wähler irrezuführen und ihnen ihre verfassungsrechtlich gewährleistete Wahlfreiheit hinwegzukamotieren. Wer an die Urne tritt, um zu wählen, ist freier Staatsbürger und weiter nichts! Ob er Arbeiter, Kaufmann, Handwerker, Beamter ist, ist ganz gleichgültig. Kein Eid bindet ihn, sondern ihn bindet nur die sittliche Pflicht, demjenigen Kandidaten seine Stimme zu geben, von dem er erwartet, daß er der allgemeinen Sache am besten dienen werde. Gegen seine innerste Ueberzeugung wählen, ist Mißbrauch des Wahlrechts und eine feige Dumperlei.

Die Konservativen selbst erkennen die Pflicht des Beamten zu politischem Gehorsam außerhalb des Amtes durchaus nicht an. Wiederholt — man erinnere sich nur an die berühmte Kanalrebellion — haben konservative Beamte in schärfster Opposition zur Regierung gestanden, und wie man ihre Haltung auch sachlich beurteilen mag, im Sinne der Verfassung war sie zweifellos berechtigt. Der Abgeordnete bei der Abstimmung, der Wähler bei der Wahl, ist frei. Und wenn er die Wahl eines Sozialdemokraten für richtig hält, dann ist es vor seinem eigenen Gewissen seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, bei der geheimen Reichstagswahl sozialdemokratisch zu wählen.

Selbst einer der ärgsten Scharfmacher, die je in der preussischen Regierung geflossen, der verstorbene Eisenbahnminister Budde, hat die Richtigkeit dieses Grundsatzes anerkannt, als er im Jahre 1902 im Abgeordnetenhaus sagte: „Die Eisenbahner mögen wählen wie sie wollen, meinethwegen auch sozialdemokratisch.“ Das war der allein korrekte Standpunkt, und er gilt nicht nur für die Eisenbahner, sondern auch für alle anderen in Staats- und Reichsdienst stehenden Arbeiter und Beamte.

Der Aufruf der Beamten- und Staatsarbeiterverbände bringt dann noch einige der landläufigen Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie vor, auf die einzugehen sich weiter nicht verlohnt. Ja, es wäre unter der Würde der Sozialdemokratie, mit den Verfassern des Aufrufs zu diskutieren, denn man diskutiert nur mit freien Männern, die das Recht haben, sich eine eigene Ueberzeugung zu bilden. Die Verfasser des Aufrufs aber sind arme Kerle, die die Sozialdemokratie schimpfen müssen, denn würden

sie sie loben, dann würden sie dabongejagt werden. Sie sind eben keine freien Staatsbürger, sondern bloß — zahme Elefanten.

Glücklicherweise denkt die Masse ihrer Kameraden nicht im entferntesten daran, ihren Locktönen zu folgen und blindlings in die befestigte Hürde des schwarzblauen Blocks hineinzutappen. Das geht u. a. auch aus einem Artikel der „Deutschen Unterbeamtenzeitung“ hervor, in dem es heißt:

Bilden nicht das eigentliche Beamtentum die Hunderttausende von Unterbeamten, die trotz Mitarbeit von Weib und Kind beim besten Willen nicht so viel herauskriegen können, um ihre Familie ohne Schulden durchbringen zu können? Wo findet man in konservativen Organen auch nur ein einziges Mal ein Wort des Verständnisses für die traurige, ja hoffnungslose Lage der unteren Beamten? Angesichts solcher andauernden, völlig unbefehrbaren Verstandnislosigkeit konservativer Politiker muß erklärt werden: Das gesamte untere Beamtentum bekennt sich gründlich für die „Segnungen“ der herrschenden Wirtschaftspolitik, die Hunderttausende von Unterbeamtenfamilien an den Rand des Abgrundes und vor den wirtschaftlichen Ruin gebracht. Trotzdem verlangt Herr v. Bethmann Hollweg den Bergweiskampfschrei um die Existenz. Als Gegenwehr gilt dann nur noch eine Parole: Die unteren Beamten geben einem Vertreter der heutigen Wirtschaftspolitik unter keinen Umständen eine Stimme!

Was hier von den Konservativen gesagt wird, gilt genau so gut auch für das Zentrum, das nur nicht Trost und Bagage des Junkerheerers bildet, und ebenso für die übrigen bürgerlichen Parteien, die — von den Arbeitern gar nicht zu reden — sich in der Vertretung der Beamtenrechte stets als unzuverlässig erwiesen haben. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die konsequent und energisch für materielle Besserstellung und volle staatsbürgerliche Freiheit der Beamten und der Arbeiter in Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben eintritt. Das wissen die Arbeiter und der größte Teil der Beamten ganz genau und seine Macht der Welt wird sie verhindern, bei der freien, geheimen Wahl am 12. Januar sozialdemokratisch zu stimmen.

Daran wird auch der allerneueste Pressionsversuch nichts ändern, den Herr v. Bethmann-Hollweg soeben in allerletzter Stunde durch die offiziöse Presse verbreiten läßt:

In konservativen Blättern ist darüber Klage geführt worden, daß die Staatsregierung kein deutliches Wort der Abwehr gegen die Verleumdungen habe, die Beamten zur Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel zu verleiten.

Hierbei wird übersehen, daß die Staatsregierung im Landtage und bei sonstigen Gelegenheiten der Auffassung, daß jede mittelbare wie unmittelbare Begünstigung der Sozialdemokratie durch einen Beamten mit seinen Pflichten und dem von ihm geleiteten Treueid unvereinbar sei, so oft und mit solcher Entschiedenheit Ausdruck gegeben hat, daß irgendwelche Zweifel hierüber in Beamtentreisen völlig ausgeschlossen sind. Die Beamten selbst nehmen mit aller Entschiedenheit gegen solche verwerfliche Zumutungen Stellung. Die Presse der Beamtenvereine hat gegen die Verleumdungen, die Beamten über die Bedeutung des Dienstverhältnisses hinwegzutäuschen, Bewahrung eingelegt, und noch in den letzten Tagen ist von führenden Persönlichkeiten der Beamtenvereine ein Aufruf erlassen worden, der mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit darauf hinweist, was Ehre und Gewissen von dem deutschen Beamten bei den Reichstagswahlen fordern.

Der Versuch der Regierung, die Beamten zu einer ihr gemehnten Ausübung ihres Wahlrechts zu zwingen, ist ein verfassungswidriger Versuch, die Freiheit dieser Wähler aufzuheben.

Glücklicherweise sind die Beamten in der Lage, auf diesen neuesten reaktionären Streich einer den Junkern blindlings gehorchenden Regierung in der Wahlzelle die richtige Antwort zu geben!

Vorsicht! Wahlschwindel.

Der letzte Tag vor der Wahl wird erfahrungsgemäß von den Gegnern dazu ausgenützt, die tollsten Wahlschwindel gegen die Sozialdemokratie und ihre Kandidaten zu verbreiten. Solche Sensationsnachrichten der letzten Stunden haben für ihre Urheber den großen Vorteil, daß sie nicht mehr kontrollieren und widerlegen lassen, sie sind unwiderproben in die Welt und beeinflussen die Stimmung leichtgläubiger Wähler.

Einen Vorgeschmack des für den letzten Tag zu Erwartenden hat die „Deutsche Tageszeitung“ mit ihrem schon erwähnten Artikel gegeben, in dem die blutigen Absichten des sozialdemokratischen Parteivorstandes auf dem breitesten Wege — nämlich über ein Wiener antijemittisches Schmutzblättchen — „aufgedeckt“ wurden. Politisch ungeklärte Wähler lachen über solche alberne Erfindungen, andere aber sind immer noch geneigt, alles, was sie irgendwo Schwarz auf Weiß gedruckt sehen, für bare Münze anzunehmen. Auf ihre Ahnungslosigkeit spekulieren gegnerische Wahlagitationen.

Was noch alles in den verschiedensten Gegenden des Reiches an Verleumdung und Wahlschwindel der letzten Stunde geleistet werden wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht aber dafür, daß man über einige stürmische Wahlveranstaltungen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, in Dresden und Bremerhaven allerhand graufige Geschichten in Umlauf setzen wird. Einige Blätter machten schon am Mittwoch Abend den Anfang damit. In diesen Geschichten ist aber weiter nichts wahr, als daß die liberalen Kandidaten Heinze und Gernann in zwei Wahlveranstaltungen auf stürmischen Widerstand stießen, so daß sie zeitweilig zu sprechen verhindert waren. Die blinierte Versammlungsbesucher sollen ihre berechtigten Entrüstung stets soweit zügeln können, daß der Gegner in der Freiheit seiner Verantwortung nicht im mindesten behindert wird. Dieser Grundsatz gilt für Sozialdemokraten allgemein, er ist stets von allen sozialdemokratischen Zeitungen, Rednern, Versammlungsleitern vertreten und in tausenden sozialdemokratischen Versammlungen in musterhafter Weise betätigt worden. Auch schärfste Gegner der Sozialdemokratie, wie der Volkliberale Radnitsky, haben bestätigt, daß die Sozialdemokraten in gegnerischen Versammlungen ein gesittetes Verhalten zeigen — sehr zum Unterschied von den schwarz-blauen Radaubrüdern, die vielfach mit Revolberbüchsen, Steinwürfen und Bragelsternen ihre geistige Ueberlegenheit zu erweisen verstanden. Sollte es da und dort vorgekommen sein, daß Ausführungen gegnerischer Redner vor einem sozialdemokratischen Publikum im allgemeinen Widerspruch gegenwärtig untergingen, so handelt es sich um Ausnahmefälle, wie sie in der Erregung des Wahlskampfes vielleicht niemals ganz zu vermeiden sein werden.

Alles, was darüber hinaus an Schauerermeldungen angesetzt wird, ist blauer Schwindel. Und alles, was sonst in letzter Stunde gegen die Sozialdemokratie und ihre Kandidaten aufgesetzt wird, hat von vornherein den Verdacht grober Wahlmacherei gegen sich. Mißtrauen ist eine demokratische Tugend, am Tage der Wahl gilt es, diese Tugend doppelt und dreifach zu betätigen.

Vom Wahlkampf in Berlin.

Von den acht — oder wenn man Potsdam-Dönhavelland dazu rechnet — neun Wahlkreisen Groß-Berlins kann in drei von einem eigentlichen Wahlkampf nicht die Rede sein. Die drei nördlichen und östlichen Kreise, IV (Wilmersdorf), VI (Liedeburg) und Niederbarnim (Stadthagen) sind so unbedingt sicherer Besitz der Sozialdemokratie, daß die Kandidaturen anderer Parteien nur noch als Zählkandidaturen anderer Parteien nur noch als Zählkandidaturen gelten können. Auch in den Kreisen III (Königsplatz) und V (Robert-Schmidt) scheinen die Liberalen an die Wiedererlangung ihres früheren Besitzes kaum noch zu denken. Ihre Anstrengungen konzentrieren sich auf den 2. Kreis (Richard-Fischer), der durch Wegzug nach den Vororten

Andreas Vöst.

Bauernroman von Ludwig Thoma.

22

(Fortsetzung.)

Das war an einem Samstag. Schon den Tag darauf hatte die Sache ein anderes Gesicht.

Der Paulmann ging nach der Kirche ins Wirtshaus und trank sich einen Rausch an. Er war sonst ein stiller, wortfanger Mensch und fleißig bei der Arbeit. Aber wenn er ein ein Glas über den Durst getrunken hatte, wurde er lebendig. Er fing dann mit jedem Gaste Streit an und rißte allen Leuten ihre Sünden vor. Obwohl er ein angesehenener Bauer war, geschah es ihm oft, daß er Schläge bekam und hinausgeworfen wurde.

An dem Sonntag hatte er schon drei oder vier Leuten die Freude am Essen und Trinken genommen und wollte gerade über einen fünften herfallen, als er den Schuhwöfl sah, einen Schwager vom Schuller.

Er sah am Nebentisch beim Haberschnieder. Wie ihn der Paulmann sah, schrie er hinüber, ob er ihm das vierte Gebot Gottes nicht sagen könne. Er bitte gar schön, daß er ihm das vierte Gebot herjage; er könne sich nicht mehr darauf besinnen.

Als der Schuhwöfl keine Antwort gab, fragte er, ob es nicht so heiße: „Ehre Vater und Mutter, auf daß du lange lebest auf Erden.“

„Paulmann, laß gut sein!“ sagte der Haberschnieder. „Warum denn? Ich sag' ja mir Unrecht's. Ich möcht' r'rad wissen, ob's dös vierte Gebot no gibt.“

„An Ruah gib!“

„Ehre Vater und Mutter. Ich glaab, so hamn's mir g'lernt, aber bei'n Schuller hoast's anders.“

„Du brauchst wieder amal Schläg', gel', Paulmann?“

„Ja, jetzt no net. Ich wart, bis mei Vua groß gnuas is, daß er mi schlag'n ko.“

Der Schuhwöfl sprang auf.

„Bischt du der Tropf, der ganz ausg'schamte, der de Rug ausg'sprengt hat?“

„Ich sag' bloß, was d' Leut' sag'n.“

„Und beweisen muast as du!“

„Geh zu deir' Nachbar“, sagte der Paulmann, „der Hieraugel hat's schriftli' g'seh'n.“

„So, is der aa dabei? Dös is g'scheidt, daß du dös sagst. Jetzt verwickeln mir enk amal, du... du ganz schlechter!“

„Net so schlecht als wia'r ös! Bei uns is dös net der Brauch, daß ma sein Vater'n haut.“

„Woast du dös?“

„Jo, woast' is.“

„Nacha kennst du dös aa?“ sagte der Schuhwöfl und schlug dem Paulmann ins Gesicht.

Der sprang in die Höhe und hieb mit der Faust zu rüd. Es wäre dem Paulmann wieder einmal schlecht gegangen, denn der Schuhwöfl war ein starker Mensch und nüchtern. Aber da mißte sich ein anderer ein und half ihm. Und der war noch dazu der beste Freund vom Schuller.

Der Haberschnieder zog den Schuhwöfl zurück und jagte ruhig: „Mit Schlägen werd die Sach' it besser. De werd wo anders ausg'macht.“

Der Schuhwöfl ließ ab und setzte sich wieder auf seinen Platz. Aber der Paulmann glaubte, daß er einen hilfreichen Freund gefunden habe und schöpfte neuen Mut. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie, so laut er konnte: „Und dös vierte Gebot, dös laß i amal net aus. Da ko femma, wer mag, dös is mir ganz gleich. Dös vierte Gebot Gottes, dös muast her! Ehre Vater und Mutter, daß du lange lebest auf Erden!“

Der Schuller ließ zwei Tage später den Paulmann und den Hieraugel vorladen.

Beim Wirt im Nebenzimmer war der Silbnerfuch; der frühere Bürgermeister Kloiber, welcher jetzt zum Beigeordneten gewählt war, leitete ihn, und der Lehrer Stegmüller führte das Potofoll.

Die Parteien waren anwesend. Der Schuller stand hart neben dem Tische, auf dem Stegmüller schrieb. Er seiate keine Aufregung und keinen Zorn.

Auch der Hieraugel machte ein gleichgültiges Gesicht. Man hätte meinen können, daß er bloß zufällig da sei, und daß ihn die amtlliche Handlung nichts angehe.

Aber der Paulmann war unruhig. Seit er nüchtern war, reute ihn die Geschichte. Eine solche Dummheit, wie das war! Allemal nahm er sich vor, keinen Rausch mehr zu kriegen, und allemal kam er wieder zu einem. Und jetzt eine solche Verlegenheit! Sonst kriegte er bloß Schläge im Wirtshaus und seinen Landler von der Bäuerin; hernach war es wieder gut. Aber diesmal ginn es anders: er war mitten hineingekommen in einen Streit, der ihm schon vom Anshauen zuwider war, und mit dem er durchaus gar nichts zu tun hatte. Er mußte die Suppe auslöffeln, die andere eingebrockt hatten; er sollte jetzt auf das Gericht gehen. Nieber wären hundert Mark hin gegeben, oder noch mehr.

Er traute sich in den Haaren und schob unruhig einmal den rechten und einmal den linken Fuß vor.

„Also“, sagte der Kloiber, „es wißt's ja, warum mir da g'ammenemma san. Der Bürgermoasta will enk zwogweg'n Ehrenbeleidigung verklagen, und, also, indem's es in der nämlichen Gemeinde seid's, is also dös G'leg' a so, daß g'erächt a Sühneverfuch sei muast. Dös is richtig, Herr Lehrer, net wahr?“

„Ja, das ist die g'ehliche Vorschrift.“

„Also, und da muast i enk frag'n, an Bürgermoasta aa, ob's enk it vergleida wollt's und de Sach' quat sei lassen?“

„Ich nimm all's g'rud“, sagte der Paulmann, „i will toan Streit gar it.“

„Is g'heiter aa. Waar ja do g'wider, wann a foldene Feindschaft ins Dorf kam. Was sagst denn du, Bürgermoasta?“

Der Schuller legte die Hände auf den Rücken und sagte ruhig:

„Dös woast a jeder, daß i net glei da bin mit'n G'richt. Wa dös helft mir gar nit, wann da Paulmann sagt, er nimmt's g'rud. Es muast öffentlich erklärt wer'n, daß de G'richt verlogen is, und dös muast aa g'lag't wer'n, woher des G'rud fimmt. Nacha will i gar nit's vom Bo-“

Winkel.
 erfahrungsgemäße Wahlverfahren...
 als Kandidaten aufgestellt und agitieren eifrig für seine Wahl, obwohl sie selbst kaum hoffen können, daß es ihnen gelingen werde, den Vorprung von ca. 6000 Stimmen, die Fischer 1907 den gesamten bürgerlichen Gegnern voraus hatte, einzuholen.

Auch Teltow-Beeskow (Zubeil), wo die Liberalen für ihren Kandidaten Spriegel eine rührige Propaganda treiben, darf als sicherer Vorkämpfer der Sozialdemokratie gelten. Hier tritt außer dem gesamtliberalen Kandidaten und dem konservativen Mark auch ein Mitglied der Demokratischen Vereinigung, Architekt Schubert, als Wahlkandidat auf. Die Demokratische Vereinigung, die in Teltow-Beeskow verhältnismäßig zahlreiche Mitglieder besitzt, hofft hier auf einen zahlenmäßigen Achtungserfolg. — Spandau-Botsdam-Niesselland wird diesmal hoffentlich mit Karl Liebknecht der Sozialdemokratie erobert werden; hier bedarf es bei einer Wählerzahl von rund 50 000 nur einer Verschiebung von anderthalb Tausend Stimmen, um der Partei zu sichern.

Der interessanteste Berliner Wahlkreis ist aber, wie schon bei früheren Wahlen auch diesmal wieder, der erste, der „Schloßbezirk“. Wird es der Sozialdemokratie nun endlich gelingen, auch diesen Berliner Stadtteil, dem einzigen, der noch nicht sozialdemokratisch vertreten war, die rote Fahne aufzupflanzen? Die starke Abwanderung der proletarischen Wähler aus diesem „bohemischen“ Kreise des Reichs spricht gegen diese Hoffnung, aber die Gunst der allgemeinen politischen Verhältnisse spricht doch wieder für sie.

Der bisherige Abgeordnete des Kreises, der Fortschrittler Kaempf, gehört zu den unbeliebtesten und ungeschicktesten Vertretern seiner Partei. Ihm ist außer dem konservativ-antidemokratischen Bewerber Thomas noch ein zweiter Gegenkandidat aus dem bürgerlichen Lager entstanden, der ihm ziemlich viel zu schaffen machen dürfte, in der Person des Obersten a. D. Gädke von der Demokratischen Vereinigung. Als aufrechte Persönlichkeit und als militärischer Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ genießt Gädke in den freibeitlich gerichteten Mittelschichten viele Achtung und starke Sympathien. So aus dem bürgerlichen Lager von rechts und links bedrängt, kann Herr Kaempf froh sein, wenn er überhaupt wieder, wie 1903 und 1907 in den Stichwahl kommt. Wie aber wird diese ausfallen? Die Konservativen werden kaum ihre ganze nicht sehr bedeutende Mannkraft für Kaempf an die Urne bringen können und Oberst Gädke gibt als konsequenter Demokrat bei der unvermeidlichen Stichwahl die Parole aus: Für die Sozialdemokratie!

Deutsche Politik.

Vorzeichen!

Sozialdemokratische Siege bei den Nachwahlen seit 1909.

	1907	Unsere	Nach-	Zu-	
	Stimmenszahl	Stimmenszahl	wahl	nahme	gewählt
1. Frankfurt a. D.	12388	14319	1931	Faber (soz.)	
2. Uebom-Bollin	6113	7768	1655	Kunze (soz.)	
3. Halle a. S.	21841	25843	3902	Kunert (soz.)	
4. Düsseldorf	25389	33821	8432	Haberland	
5. Landau-Neustadt	6340	8383	2043	Guber (soz.)	
6. Pöchlarn-Wartenberg	11281	14831	3550	Göhre (soz.)	
7. Garmisch-Partenkirchen	15488	18708	3220	Steil (soz.)	
8. Freyberg-Bismberg	7284	9551	2267	Dufold (soz.)	
9. Genack-Deimbach	7875	10255	2380	Leber (soz.)	
10. Coburg	4806	6183	1377	Stiefel (soz.)	

Nun aber weiter!

Die Getreidepreise wieder höher! Das ist das Ergebnis einer im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Statistik. Und so wird und muß es weiter gehen unter dem heutigen Wirtschaftssystem, das „glorreich“ ist für

die Junker, aber aushungernd für das gesamte konsumierende Volk.

Das Junkertum in Reinkultur. Die mecklenburgische Regierung hatte im letzten Landtage eine Einkommensteuer vorgeschlagen, die Einkommen bis 500 Mark (!) hinab ergreifen sollte. Namens der Ritterschaft aber verlangte Herr Landrat v. Böhl-Rubow, daß auch noch die Einkommen von 200 Mk. 2 Mk. Steuern zahlen sollten. Er fügte hinzu: „Das wollen wir aus ethischen Gründen, damit bei den Leuten das Gefühl der Staatszugehörigkeit geweckt werde!“ Gleich darauf verlangte Landrat v. Malsahn-Malsow, daß die Steuer auf Einkommen über 10 000 Mk. unter die Säge aller übrigen Bundesstaaten herabgesetzt werden sollte, weil sonst „die Reichen zur Auswanderung gezwungen würden!“ Dabei zahlte die hierbei hauptsächlich in Betracht kommenden Ritter überhaupt keine Abgaben, denn das Doppelte ihrer Abgaben ziehen sie aus den Landesklöstern. Sie bekommen also noch darauf bezahlt! — Und es sollte wirklich Deutsche geben, die solchen Edelmut der Beherrschter Deutschlands nicht zu würdigen wissen?!

Respekt auch vor junkerlichen Mördern! Die Revolberaffäre des Forstreferendärs v. Knobloch, der, wie erinnerlich, vor einiger Zeit in Frankfurt a. D. einen Möbelschreiner niederschloß, kam in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Die Verantwortung der von Justizrat Schind eingeleiteten Interpellation wegen der Art der Verhaftung Knoblochs brachte kein Ergebnis. Oberbürgermeister Richter, der zugleich Polizeichef ist, wies zuerst darauf hin, daß den Stadtverordneten kein Kontrollrecht über die Tätigkeit der Polizeiverwaltung zustehe und führte dann die verspätete Abführung des sich auf sein Portepce berufenden Junkers und die schließlich Verhaftung durch einen Polizeioberinspektor auf Zufälligkeiten zurück. Einer Kritik dieser Erklärung des Oberbürgermeisters wurde dadurch vorgebeugt, daß ein vom sozialdemokratischen Stadtverordneten Haber gestellter Antrag auf Befreiung der Interpellation mit 29 gegen 12 Stimmen abgelehnt wurde! — Die Bürger haben die Polizei zu befehlen, dann aber das Maul zu halten und stramm zu stehen!

Die bereitwillige Reichsregierung. Wie die Junkerpresse mit Vergnügen verzeichnet, sind zu der Beratung im Reichstagsrat über den Antrag Ruplands auf Erhöhung seines Zuckerausfuhrkontingents eine größere Zahl von Vertretern der ribenbauenden Landwirtschaft zugezogen worden. Außerdem sollen neben einer Reihe von Vertretern der Rohzuckerfabrikation und der Zuckerraffinerie auch eine Anzahl von Sachverständigen des Handels sowie der zuckerverbrauchenden Industrien zu der Besprechung zugezogen werden. — Das alles, weil durch Annahme des russischen Antrages der Zucker in Deutschland verbilligt werden kann. Wann hätte aber die Reichsregierung schon je die Arbeiterorganisationen zur Begutachtung von Gesetzen und Verordnungen herangezogen? Das ist eben so im Rande der „Rechtsgleichheit“.

Der Zukunftsstaat und die Warenhäuser. In der Presse der Junker und Junkerengenossen beruft man jetzt, die Kleinhandl. zc. damit zu schrecken, daß der sozialistische Zukunftsstaat lauter Warenhäuser einrichten werde. Es wird dabei nur vergessen mitzuteilen, daß so ziemlich das größte Warenhaus Deutschlands — der Bund der Landwirte ist, der seinen Mitgliedern auf dem Lande alles liefert, von der Drechselschneidmaschine bis zu den Schuhnägeln!

Ausland.

Rußland.
 Millionen für die Soldaten, Hungerkuren für die Arbeitslosen. Zwei kurze Nachrichten kommen aus Finnland, die das Unheil der russischen Gewaltpolitik mit grellen Schlaglichtern beleuchten. Auf Befehl der Petersburger Regierung hat die

finnische Finanzverwaltung an die russische Staatsrentei sechs Millionen Mark „für militärische Bedürfnisse“ abführen müssen. In demselben Tage hat der russische Minister im Einverständnis mit dem finnischen Generalgouverneur und dem „Säbelsanal“, die Petition des Landtages abschlägig beschieden wonach in den diesjährigen Etat ein Kredit von 200 000 Mk. für die Organisation von öffentlichen Arbeiten für die Arbeitslosen eingestellt werden sollte. Als Grund wird von russischer Seite angeführt, daß hierzu keine Mittel vorhanden seien. Aber für die russischen Polizeibehörden und den unerfättlichen Militärmoloch ist Geld vorhanden! Zu ihren Gunsten wird die finnische Staatskasse ausgeraubt, während die notleidenden finnischen Arbeiter auf die Straße geschickt werden.

Badische Politik.

Aus dem Landtag.

Für die Sitzung am Dienstag, 23. Januar, wird folgende Tagesordnung veröffentlicht: Anzeige neuer Eingänge. Bericht der Petitionskommission und Beratung betr. der Nachweisungen über die Erledigung der dem Gr. Staatsministerium während des Landtags 1909/1910 von der 2. Kammer der Landstände überwiesenen Petitionen Berichterstatter Abg. Schmidt-Karlsruhe.

Zu zu Reichstagswahlen.

Für die bevorstehenden Reichstagswahlen ist es zum Zwecke der Vergleichung der Stimmenstärke der einzelnen Parteien nicht ohne Interesse, festzustellen, welche Stimmengahl für die liberalen Parteien, das Zentrum und die Konservativen sowie für die Sozialdemokraten im ersten Wahlgang der Reichstagswahl im Jahre 1907 abgegeben wurde. Es erhielten bei der Hauptwahl am 25. Januar 1907 im:

1. Reichstagswahlkreis Konstanz-Neuburg: Liberale 8596, Zentrum 14 330, Sozialdemokraten 2561 Stimmen.
2. Reichstagswahlkreis Engen-Donauwiesingen-Tübingen: Lib. 9893, Zentr. 11 911, Soz. 2257 Stimmen.
3. Reichstagswahlkreis Waldshut-Schopfheim-Schönau: Lib. 7730, Zentr. 13 443, Soz. 3059 Stimmen.
4. Reichstagswahlkreis Rorschach-Müllheim-Weisach: Lib. 9671, Zentr. 6252, Soz. 3442 Stimmen.
5. Reichstagswahlkreis Freiburg-Emmendingen: Lib. 10 818, Zentr. 13 503, Soz. 6283 Stimmen.
6. Reichstagswahlkreis Emmendingen-Lahr-Wolfach: Lib. 7801, Zentr. 11 496, Soz. 2432 Stimmen.
7. Reichstagswahlkreis Offenburg-Oberkirch-Nechl: Lib. 8734, Zentr. 11 909, Soz. 2553 Stimmen.
8. Reichstagswahlkreis Achern-Baden-Rastatt: Lib. 3796, Zentr. 15 986, Soz. 4375 Stimmen.
9. Reichstagswahlkreis Bernsbach-Durlach-Wortheim: Lib. 12 388, Zentr. 6892, Soz. 15 891 Stimmen.
10. Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal: Lib. 11 481, Zentr. und Konf. 12 235, Soz. 14 430 Stimmen.
11. Reichstagswahlkreis Mannheim-Schwetzingen-Weinheim: Lib. 16 896, Zentr. 8173, Soz. 25 963 Stimmen.
12. Reichstagswahlkreis Heidelberg-Eberbach-Mosbach: Lib. 11 946, Zentr. und Konf. 8379, Soz. 6710 Stimmen.
13. Reichstagswahlkreis Bretten-Eppingen-Wiesloch: Lib. 7781, Konf., Zentr. und Bund d. Ldw. 13 533, Soz. 2883 Stimmen.
14. Reichstagswahlkreis Adelsheim-Vorberg-Wertheim: heim: Lib. 6136, Zentr. 15 455, Soz. 581 Stimmen.

Gewählt wurden im ersten Wahlgang in der Hauptwahl 1907 6 Zentrumskandidaten, 1 Sozialdemokrat und 1 Konservativer. Stichwahlen fanden 6 statt und zwar 3 zwischen Nationalliberalen und Zentrum, je 1 zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten bzw. Konservativen und eine Stichwahl zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten. Bei der Stichwahl am 5. Februar wurden gewählt 2 Nationalliberale, 2 Zentrums-kandidaten und 2 Sozialdemokraten.

Kleines Feuilleton.

Wie Bunsen Urlaub nach Island bekam. Der Rektor der Technischen Hochschule in Breslau, Prof. Dr. R. Schenk, erzählte kürzlich in einem Vortrage im dortigen Humboldtverein allerlei wenig bekannte Züge aus dem Leben Robert Wilhelm Bunsens, des berühmten Heidelberger Chemikers, dessen 100. Geburtstag die gelehrte Welt in diesem Jahre gefeiert hat. Wir geben aus diesen Erinnerungen, nach einem Bericht der „Breslauer Zeitung“, folgendes wieder: Während seiner Tätigkeit in Marburg, wo er 1838, kaum 27 Jahre alt, eine Professur erlangt hatte, sollte Bunsen im Auftrage der dänischen Regierung mit zwei anderen Gelehrten zum Zwecke chemisch-geologischer Untersuchungen nach Island reisen, um dort die vulkanische Natur des Gekta zu studieren, der kurz vorher wieder einmal gewaltig rumort hatte. Der Urlaub für Professoren konnte nur vom Kurfürsten (Wilhelm II.) persönlich erteilt werden, und da Bunsen wußte, daß dieser hohe Herr sich für die Verantwortung von Gesuchen sehr viel Zeit ließ, erbat er die Genehmigung zur Reise schon ungefähr dreiviertel Jahr vor der Abfahrt. Wochen und Monate verstrichen, ohne daß der Beschaid kam, und ein zweites Gesuch blieb ebenfalls unbeantwortet. In seiner Not wandte sich Bunsen nun an einen Verwandten in Rassel, den Leibarzt des Fürsten. Dieser wußte, daß der eigenartige Landesvater einen ausgeprägten Widerprücksgeist besaß und mit Vorliebe das Gegenteil von dem tat, was von ihm erbeten wurde. So ging er denn hin und erzählte so nebenher, daß er in Marburg einen jungen Verwandten habe, einen Professor an der Universität, der auf den verrückten Einfall gekommen sei, nach Island zu reisen und dort einen feuerpeinenden Berg zu untersuchen. Herzlich bat der schlaue Leibarzt, daß Hiso Kurfürstliche Gnaden geruhen möchten, ein etwa vorliegendes Urlaubsgesuch des waghalsigen jungen Dozenten ungnädig abzulehnen, da dieser auf der höchst gefährlichsten Reise zweifellos den Tod finden würde und seine Familie deswegen in großer Sorge sei. Schon am nächsten Morgen war der erbetene Reiseurlaub erteilt, und Bunsen, der Entdecker der Spektralanalyse, konnte seinen Koffer packen...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Anläßlich der Weihnachtsfeier der Stadtpfarr-gemeinde St. Stephan am Dreifönigstage in der Festhalle in Karlsruhe hatte der Rektor der hiesigen Journalisten, Herr Kunstreferent von Steden ein zweitägiges Weihnachtsstimmungsabend „Der Sieg des Glaubens“ verfaßt. Herr von Steden welcher schon seit Jahrzehnten in hiesiger Stadt mit anerkannter Unparteilichkeit das Amt des kritischen Jenors ausübt, hatte sich schon des öfteren und bei den verschiedensten Anlässen als vers- und reingewandter Festspiel- und Gelegenheitspoet hervorgetan. Ueber das jüngste Kind seiner Muse entnehmen wir dem „Bad. Beob.“ folgende Ausführung: Einen neuen Glanzpunkt der Feier bildete das von Herrn v. Steden, dem Kunstreferenten des „Badischen Beobachters“ verfaßte zweitägige Weihnachtsstimmungsabend „Der Sieg des Glaubens“. Der Inhalt ist kurz folgender: Ein deutscher Burggraf zieht mit den Kreuzfahrern hinaus zur Eroberung des hl. Landes, gerät in türkische Gefangenschaft und wird unter Drohungen und Versprechungen hart bedrängt, seinen Glauben abzuschwören und Mohamedaner zu werden. Der Graf bleibt standhaft, wird nach dreijähriger harter Gefangenschaft wie durch ein Wunder befreit und entkommt in die Heimat, wo er am hl. Abend eintritt, von den Seiner jubelnd begrüßt. Dieser, innerer Gehalt, schongeformte, leicht fließende Dichtung, eine prächtige Szenenerie und künstlerisch gestaltete lebende Bilder mit stimmungsvoller Musik verhalfen der Aufführung zu einem durchschlagenden Erfolg.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 13. Jan. A. 31. „Der Waffenschmied“, 10m. Oper in 3 Akten v. Lorhing. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.
 Sonntag, 14. Jan., nachmittags 2 Uhr: 17. Vorst. auß. Ab. für den Verein Volksbildung: „Der dunke Punkt“, Lustspiel in 3 Akten v. Kadelburg und Presber. Eintrittskarten für die Vorstellung sind nur beim Verein Volksbildung zu haben. Anfang 2 Uhr, Ende 4 Uhr.
 Abends halb 7 Uhr: (18. Vorst. auß. Ab.) „Carmen“, große Oper in 4 Akten von Bizet. Ende gegen 10 Uhr.

mann und halt' mit an den, der a solchene Verleumdung auf d'Welt bringt.“
 „Z hab' halt an Kaufsch g'habt“, sagte der Paulimann, „da redt' ma dumm daher. Z hab' durchaus gar nix geg'n Schuller, und i sag's öffentl, daß er a richtiger Mann is.“
 „Was is denn nacha mit dir, Hierangl?“ fragte Kloiber.
 „Mit mir?“
 „Ja; was du sagst, ob du net aa an Erklärung macha willst?“
 „Was geht denn mir de ganz' G'sicht o?“
 „Du bist halt jetzt amal botrg'laden vom Schuller und muachst di nach'n G'ies erklär'n.“
 „Hab' i was g'lagt? Was geht denn dös mi o, wenn da Paulimann im Wirtshaus aufdrabt? Hab' i was g'lagt?“
 „Jetzt muachst, gar a so unschuldi muachst di net h'isteln!“
 „fährte der Paulimann, „balst du zu mir nix g'lagt hätt'st, nacha hätt' i de Dummheit net daher bracht im Kaufsch!“
 „Wo hab' i was g'lagt zu dir?“
 „Mögst du dös leugna? Bei dir dahoam, in deiner Stuben hast as g'lagt. Jetzt mögst di aufschwindeln, gel?“
 „Du werst dir's überlegen, ob du dös behaupten lo'st, daß i schwindel. Einicht verlag' i di aa.“
 „Wo mir aus, nacha weiß' i auf, daß du dös g'lagt hast.“
 „Z hab' zu dir gar nix g'lagt. Du bist zu mir lemna und hast g'lagt, daß der Kloiber zu dir g'lagt hat, daß der Schuller sein Vater'n a so mißhandelt hätt.“
 „Und nacha hast du g'lagt...“
 „Nix is. Nacha hast du mi g'fragt, ob dös wahr is. Und i hab' g'lagt, i moach bloß, daß der Herr Pfarrer den Bettel hat, wo dös drauf steht.“
 Der Schuller war nicht aus seiner Ruhe gekommen und hatte den beiden zugehört.
 (Fortsetzung folgt.)

Herr Dr. Haas

wendet sich in der heutigen Nummer des „Landesboten“ gegen unsern Artikel „Der Herr Kandidat Dr. Haas schweigt“ und schreibt:

In einem unserer Flugblätter war behauptet worden, die Sozialdemokratie sei nicht imstande gewesen, eine Reihe richtiger Gesetze, z. B. die Reichsfinanzreform, zu verhindern; sie habe auch die Junkerherrschaft nicht zu erschüttern vermocht. Der „Volkstfreund“ frug mich vor einigen Tagen, ob ich diese Ausführungen billige. An demselben Abend erklärte ich in einer großen Versammlung in Bruchsal:

Das Flugblatt erweckt den Eindruck, als ob man der Sozialdemokratie einen Vorwurf daraus machen wolle, daß sie im letzten Reichstag die Finanzreform nicht verhindert und die Junkerherrschaft nicht gebrochen habe; ein solcher Vorwurf wäre recht töricht. Die Sozialdemokratie hatte dazu so wenig die Macht, wie wir, weil wir nicht einmal miteinander die Mehrheit bildeten. Dagegen könne man der Sozialdemokratie den Vorwurf machen, daß sie durch die falsche Taktik des Stimmzählens bisher eine bessere Mehrheit im Reichstag verhindert habe. Ich drückte meine Freude aus über die geänderte sozialdemokratische Taktik in Bayern.

Ich veranlaßte ferner, daß jene Stelle in dem Flugblatt geändert wurde. Ich telephonierte ferner den Verfasser des Flugblatts an, legte ihm meinen Standpunkt dar und ersuchte ihn, da ich mit meiner Zeit auch beruflich außerordentlich in Anspruch genommen bin, — ich bin nicht nur Reichstagskandidat — er möge in einem Artikel im „Badischen Landesboten“ deutlich zum Ausdruck bringen, daß ich die fragliche Stelle mißbillige. Der Artikel erschien im „Bad. Landesboten“ in der Nr. vom 7. Januar 1912. Es heißt dort: (folgt ein Passus im Sinne der Ausführungen des Herrn Dr. Haas in Bruchsal.)

In der Bruchsaler Versammlung hatte ich außerdem die Presse ersucht, meine Mißbilligung jener Stelle deutlich im Referate über meine Rede zum Ausdruck zu bringen. Ich frage jeden denkenden Menschen, der nicht durch die Hitze des Wahlkampfes verblendet ist, ob ich damit nicht alles getan hatte was zu tun war.

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß nach obigen Darlegungen Herr Dr. Haas alles getan hat, um die Dummheit des fortschrittlichen Flugblattfabrikanten möglichst wieder gut zu machen. Wir hatten von der Erklärung des Herrn Dr. Haas in der Bruchsaler Versammlung keine Kenntnis und die Stelle im „Landesboten“ haben wir im Drange der Geschäfte übersehen. Hätte uns Herr Dr. Haas von seiner Erklärung in Kenntnis gesetzt, wäre selbstredend unser Artikel „Der Herr Kandidat Dr. Haas schweigt“ nicht erschienen. Seine Sache wäre es gewesen, das zu tun.

Gegen einen Satz in der Erklärung des Herrn Dr. Haas müssen wir uns indessen wenden, indem er sagte:

„Dagegen könnte man der Sozialdemokratie den Vorwurf machen, daß sie durch die falsche Taktik des Stimmzählens bisher eine bessere Mehrheit im Reichstag verhindert habe.“ Demgegenüber können wir mit Zug und Recht sagen: Man kann dem Freisinn und insbesondere dem Liberalismus den Vorwurf machen, daß er durch direktes Eintreten für konservative Junker in Stichwahlen bisher eine bessere Mehrheit im Reichstag verhindert habe. Wenn z. B. die Fortschrittler einen Reaktionsär wie Wittum ohne mit der Wimper zu zucken unterstützen, so kann man nicht sagen, daß sie damit im Sinne der Erreichung einer „besseren Mehrheit“ tätig sind. Und Herr Freiberger von Gemmingen jagte in seiner Festballversammlung, es seien unter allen bürgerlichen Parteien Abmachungen getroffen, daß die Wahl Weiss verhindert werde. Wir wollen abwarten, wie in dem Punkte eventuell „der Haas läuft“.

Reichstagswahl-Bewegung.

Im Reiche.

Die konservativen Wahlrechtsfeinde.

In einer Rede, die der konservative Kandidat für Bitau, Gutsbecker Korset am Freitag hielt, sagte er: „Ich bin offen und tapfer genug, hier zu bekennen, daß ich nicht für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eintreten kann. Ich bin ein absoluter Gegner dieses Wahlsystems. ... Wie Cato gesagt hat: „Ich stimme dafür, daß Cartago zerstört wird“, so sage ich: Ich stimme dafür, daß das gegenwärtige gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zerstört wird.“

Christliche Wahlhilfe.

Stark verspätet erscheint auch noch der rheinisch-westfälische Verband evangelischer Arbeitervereine mit einem Aufruf im „Evangelischen Arbeiterboten“, in dem selbstverständlich auch „Front gegen die sozialdemokratische Partei“ gemacht wird. — Die armen Schächer!

Das erzbischöfliche Ordinariat von München-Freising hat bereits Ende vorigen Jahres eine päpstliche Vollmacht dafür nachgesucht und auch erhalten, daß für den Tag der Reichstagswahl, einen Freitag, im ganzen Bereich der Erzdiözese die Gläubigen vom Abstinenzgebot dispensiert werden dürfen. Die Pfarrer werden beauftragt, die Gläubigen davon in Kenntnis zu setzen.

Der Bischof weiß, was seinen Gläubigen am Wahltag nützt.

Wahlrechtsraub an kranken Arbeitern!

Den Handwerker und Arbeitern, die als Patienten in der Lungenheilstätte Schiello am Harz weilen, ist die Ausübung ihres Wahlrechts entgegen dem klaren Wortlaut des § 7 des Reichswahlgesetzes unmöglich gemacht worden. Der Chefarzt der Anstalt hat als Gutsbezirk-Borstand (diese junkerliche eckdreieckige Einrichtung bewahrt sich!) die Eintragung der Patienten in die Wählerliste in Schiello nicht zugelassen, weil angeblich die Versicherungsanstalt verfügt hat, die Patienten hätten in ihren früheren Wohnorten zu wählen. Eine Beschwerde gegen den Chefarzt wurde vom Kreisdirektor als unbegründet zurückgewiesen, weil die Patienten in Schiello keinen Wohnort im Sinne des § 7 des Reichswahlgesetzes haben. Eine weitere Beschwerde mit dem Hinweis, den Kranken

könne doch nicht zugemutet werden, ihre Kur zu unterbrechen, wurde von dem anhaltinischen Ministerium des Innern ebenfalls zurückgewiesen, weil „man wegen mangelhafter Zuständigkeit in der Sache nichts zu tun vermöge.“ Die Entscheidung der Kreisdirektion Ballenstedt, die auf Grund des § 8 des Wahlgesetzes und des § 3 des Reglements erlassen sei, ist als endgültig anzusehen.“

Dieser Bescheid verstößt zwar gegen den § 7 des Reichswahlgesetzes, aber es handelt sich ja nur um Arbeiter und noch dazu um Kranke, die an der „gefüllten Kompostkühse!“ sitzen und sich auf „Staatskosten“ pflegen. Daß ihnen für diese Zeit das Wahlrecht verklümmert wird, ist doch eigentlich selbstverständlich! — Wollen die Unzufriedenen ihr Staatsbürgerrecht auch noch ausüben, so mögen sie gefälligst den Platz an der Kompostkühse räumen. Nur wer untätigig kuschelt, darf sich dort pflegen — für seine jahrelang gezahlten Beiträge ...

Die Gastwirte gegen den Schnapsblödsinn.

Sämtliche schlesische Gastwirtsverbände hielten in Breslau ein von ungefähr 1000 Berufsgenossen besuchtes Protestmeeting ab. Es wurde eine geharnischte Resolution gegen die Steuer- und Zollpolitik des schwarzblauen Blocks angenommen, in der es heißt, daß der Gastwirtsstand durch diese Gesetzgebung dem Ruin nahe gebracht werde. Allgemeine Zustimmung fand die Aufforderung, nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die für eine gerechte Steuererteilung, die Aufhebung der Liebesgaben und der Einfuhrschneide, die Beseitigung der Hochschulpölle und die Hebung des Gastwirtsstandes durch Gastwirtsämtern und Fachschulen eintreten.

Reichstagswahl-Bewegung.

In Baden.

7. Wahlkreis.

b. Der Herr Kaplan! Jüngst fand in Durbach unsere Flugblattverbreitung statt. Die damit betrauten Genossen konnten im genannten Orte mit seinen vielen Finken mit den Arbeiten nicht mehr fertig werden; ein Meiner Best wurde dem Vertrauensmann überlassen, welcher dann seinen bald vor der Schulentlassung stehenden Sohn am folgenden Tage beauftragte, in den Nachbarkäusern einen Zettel abzugeben. Der Herr Kaplan erfuhr hiervon, ließ den „Verbreiter“ zu sich rufen und suchte, natürlich vergeblich, dem Jungen einzureden, unter Vorhalt von Sölle und Pöfseuer, was für Blätter er nicht verbreiten und was für Wähler er verteilen dürfe. — Es wäre für den Herrn Kaplan angebracht, wenn er seiner Sache, zu der er berufen ist, dienen würde.

Zell a. S., 10. Jan. Die auf gestern Abend 8 Uhr einberufene öffentliche Wählerversammlung, welche im Gasthaus zum „Badischen Hof“ stattfand, war gut besucht, es waren alle Parteien vertreten. Landtagsabgeordneter und Stadtrat G. W. N. J. referierte in beinahe zweifündigen Vorträge über die Bedeutung der Reichstagswahlen und die politischen Parteien. Redner schilderte die Tätigkeit des verflochtenen Reichstages und die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion bei den verschiedenen Gesetzesvorlagen. Mit großem Humor, und zugleich heißender Satire deutete er die Sünden der bürgerlichen Parteien, ganz besonders aber die des Zentrums auf. Er zeigte wie diese Partei wie keine andere mit dem Volke Schindluder getrieben hat. Im weiteren entwickelte Redner in sehr verständlicher Weise das sozialdemokratische Programm. Es war eine Lust, ihm zuzuhören, wie er die Verleumdungen und Entstellungen der Zentrumspresse ganz besonders der „Offenburger Zeitung“ gerichtlich und ins richtige Licht stellte. Den Wahlrechtsraub, welcher sich Pfarrermeister Westermann in Nordrach an den in der Heilanstalt Nordrach-Kolonie (Krankenpfleglingen) ausgeübelt hatte nahm er gebührend unter die Lupe, er nannte dieses eine infame Niedertracht, wobei ihn die Versammelten mit einem kräftigen Bravo unterstützten. Er führte dieses Verhalten als Beispiel an, um zu zeigen, wie christlich diese Nachfolger Christi in Wirklichkeit sind, die es über sich bringen, diesen ohnehin sehr bebauerten Menschen noch um ihr einziges Recht, das sie besitzen, in solch infamer Weise zu betrügen, ein Psui dieser Gesellschaft, die sich ausübt für Wahrheit, Freiheit und Recht einzusetzen. Redner ermahnte die Versammelten, sich von seiner anderen Partei verleiht zu lassen, sondern am 12. Jan. mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel die richtige Dichtung für den Volksverrat abzugeben. Stürmischer Beifall wurde ihm für seine Ausführungen am Schlusse zuteil. Eine Diskussion wurde nicht bestritten, und so konnte der Vorstehende G. Spörrli die Versammlung, mit dem Dank für die große Aufmerksamkeit und der größten Ruhe, welche beobachtet wurde, und mit einem nochmaligen Appell an die Versammelten, ihre Stimmen am 12. Jan. auf unseren Kandidaten Landtagsabgeordneten G. W. N. J. zu vereinigen, schließen.

Es sei noch bemerkt, daß nach der Versammlung viele Neuforderungen gefallen sind von Gegnern unserer Sache, daß diese Ausführungen alle Hochachtung verdienen. Wir werden auch in unserem Ort einen Stimmengewinn zu verzeichnen haben.

S.P. Zell a. S. Am Sonntag, den 7. Januar, sollte eine Wählerversammlung in Nordrach im „Adler“ stattfinden, konnte aber nicht abgehalten werden, weil uns das Lokal abgetrieben wurde von dem frommen toleranten Zentrum. Der X-Artikler in Nr. 6 der „Offenburger Zeitung“, der übrigens hätte W. N. zeichnen können, aus Nordrach, freilich ungenau, daß wir wieder unverständlicher Sache abziehen mußten. Daß jedoch nicht der Wirt allein die Schuld trifft, daß er so gehandelt hat, wissen wir zur Genüge, denn dieser ist sich wohl bewußt, mit welchen Mitteln gegen ihn vorgegangen worden wäre, wenn er dem strengen Verbot der Nächstenliebe des Predigers zuwider hätte handeln wollen. Daß uns das Kommen nach dorten vielleicht mehr genutzt hat, als sich der Artikel einbildet, wird er am 12. Januar getrost werden, denn die große Anzahl erscheinender Wähler versprochen, als sie den Sachverhalt, warum wir nicht sprechen durften, von uns erfragen, zum Trost für den Sozialdemokraten zu stimmen. Ja, edler Artikler, wir Jeller „Soggen“ lassen uns auch auf diese Art nicht abreden und wollen hundert gegen eins wetten, daß wir auch in Nordrach noch eher feiten Fuß fassen werden, als es Herr Westermann trotz seiner wütenden Sozialistenfresserei zum Bischof bringt. Was, auf gut Glück, Herr Westermann! Oder haben Sie es viel-

leicht mit der Angst bekommen, man könnte Ihren Versuch der Wahlrechtsberaubung, welchen Sie an den Kranken in der Kolonie Nordrach ausüben wollten, den Wählern unterbreiten. Wenn das der Fall ist, so täuschten Sie sich nicht, es ist irrtümlich geschehen.

Aus dem 8. Wahlkreis

Unter den in den letzten Wochen von unserem Kandidaten Luß abgehaltenen weiteren Versammlungen in Achern, Waden, Baden, Bühl, Bühlertal, Kappelroden und Dos war die weit aus interessanteste in Bühlertal, wo uns Herr Pfarrkurat Schmid von Bühlertal mit den bekannten, aus der Bügel-fabrik München-Gladbach stammenden Argumenten entgegen-trat. Es war den Genossen Luß und Meier ein Vergnügen, den Gegner zu widerlegen. Der Herr Pfarrkurat hatte wäh-rend des Referats unseres Genossen Westert allerdings nicht diejenige Ruhe und Objektivität gezeigt, die man von einem gebildeten Gegner erwarten kann; aber zur Steuer der Wahr-heit wollen wir doch hinzufügen, daß er die ihm gemähte un-beschränkte Redezeit gebührend anerkannte und sich schließlich sichtlich Mühe gab, die Diskussion in den auch von unseren Genossen innegehaltenen Schranken des Anstandes durchzu-führen. Wir hätten zum Schluß nur gewünscht, daß der Herr Pfarrkurat sich nicht vor Beendigung der Versammlung mit seinen Getreuen französisch verabschiedet oder aber bei seinem Weggehen diejenigen Formen des Abschiedes gewahrt hätte, die achtbare Gegner doch immerhin fordern können. Da Herr Pfarrkurat Schmid aber, nach seinem Auftreten in einer spä-teren liberalen Versammlung zu schließen, offenbar unter dem Einfluß unserer Versammlung sehr „weit nach links gerückt“ ist, indem er die Wahl eines Sozialdemokraten unbedingt der-jenigen eines Liberalen vorzog, so sind wir überzeugt, daß un-seren nächsten Besuchen in Bühlertal mit unserem geist-lichen Herrn Gegner auf besseren Fuß zu stehen zu kommen.

Im Bühlertal hat sich ein großer Umschwung in den letzten Jahren vorbereitet. Das zeigt die große Teilnahme nicht nur der Arbeiter, sondern auch der ländlichen Bevölkerung an unseren Versammlungen. Und die Zeit ist vielleicht schon sehr nahe, wo das früher ganz schwarze Bühlertal schon rot wird.

9. Wahlkreis.

Bruchhausen, 10. Jan. Bis heute wußte man in Bruch-hausen nichts von einer liberalen Wählerversammlung. Heute Nachmittag 5 Uhr wurde pfarrhofsseitig (!) Matru ge-schlossen zu einer liberalen Zentrumsversammlung. Obwohl die Wirtschaft z. „Grünen Baum“ nur halb besetzt war, wurde die Versammlung von Herrn Pfarrer Eilensohn eröffnet. Zuerst machte er darauf aufmerksam, daß er hoffe, es mit seinen Suben zu tun zu haben und auch keine Subereten er-warte. Dann wurde die Kandidatur Wittum herausgetrieben, Gott weiß wie weit; aber, notabene, nur vom Jahre 1907 an. Er tritt ein für nationale Arbeit, für die gleiche Verteilung der Submissionen innerhalb der Gemeinde an Gemeinbeange-hörige, für den Schutz gegen den inneren Feind sowohl, als gegen den äußeren, für das freie Koalitionsrecht der Arbeiter. Besser konnte man den „Arbeiterfreund“ Wittum nicht mehr machen. Das war die Aufgabe des Referenten Nebelauer Thron-Ettingen. Die Sozialdemokratie wurde gänzlich vernichtet an Hand von Beispielen der französischen Republik. Jedoch ist zu bemerken, daß es bei der Vergabung von Arbeiten innerhalb der Gemeinde an Geschäftsleute der Gemeinde nicht immer so ehrlich zugeht, wie es hier dem Stimmgeber der Zen-trumpartei vorgemacht wird. Ein Beispiel: das Eisen-beißen haus in Ettingen. Da wurden die Eisfer- und Stulffaturarbeiten nach auswärts vergeben und die Et-tinger Geschäftsleute hatten das Nachsehen. Darauf kam im Schlußwort Herr Thron auf unseren früheren Abg. Gen. Eich-horn zu sprechen; aber in einer Weise, wie es anständigen Gegnern nicht geziemt. Es wurde überhaupt nicht dem Ge-nossen Eichhorn gesprochen, sondern nur vom „Eichhornchen“. Deshalb, ihr Bürger und Arbeiter von Bruchhausen, über-legt es euch noch einmal, wenn ihr eure Stimme gebt, dem Wolf im Schafspelz oder dem aufrichtigen Arbeiterkandidaten Oskar Trinks!

9. Wahlkreis.

Weingarten, 10. Jan. Eine gemeine Verdächtigung und Verleumdung unserer Partei leistete sich der Leiter der Wit-tumversammlung und liberale Kandidat bei der letzten Land-tagswahl, Herr Tierarzt Bräuer. Derselbe begründete nämlich die Ausschließung der Sozialdemokraten von der Wittums-vorstellung damit, indem er mit Anspielungen auf eine Zen-trumsversammlung im Jahre 1907 uns als Störenfriede hin-stellte. Wir protestieren gegen energig gegen diese Unrechtfertigung. In der angezogenen Zentrumsversammlung konnten die Redner ungehindert sprechen, nur als man unsern Diskussions-rechner, Gen. A. u. r. z., das Wort entziehen wollte, gab es einige lebhafteste Zurufe „weiter sprechen“, worauf dann die damalige Versammlungsleitung sofort einlenkte und die Versammlung ohne weiteren Zwischenfall verlief. Dies der harmlose Her-gang der Sache. Herrn Bräuer aber scheint das gut genug, um damit den Blamabien Eindruck zu bewirken, die Nicht-zulassung unserer Parteigenossen zur Audelmußdel-Versammlung allenthalben gemacht hat. Daß die vorgeschickten Gründe nur eine nichtswürdige Komödie sind, beweist am besten der Umstand, daß Herr Bräuer uns bei der Landtags-wahl 1909 in einer liberalen Versammlung für unser Ver-halten seinen Dank abstattete. Dieses Mal hat man uns aus-geschlossen, um die Erschienenen unbehelligt einzusetzen zu können. Das ist des Pudels Kern. Den Wählern wird dies Gaukelspiel hoffentlich die Augen öffnen und sie veranlassen, Mann für Mann einzutreten für den Kandidaten der Sozial-demokratie, Oskar Trinks. Und die Parteigenossen wer-den als Antwort für die Verdächtigungen am Wahltag sich um so energischer an der Arbeit beteiligen, um ein möglichst glänzendes Resultat für uns zustande zu bringen.

Malsch, 8. Jan. Eine imposante Versammlung fand am Sonntag Abend im Saale zum „Mahlberg“ hier statt. Genosse Trinks sprach in anderthalbstündiger Rede zu den hiesigen Reichstagswählern. Es war dies die erste Volksversammlung, die der Kandidat unseres Kreises hier abhielt und man kann sagen, daß er mit dem denkbar besten Erfolg hier aufgetreten ist. Der vollbesetzte „Mahlberg“-Saal überhallte von dem mit elementarer Wucht eingehenden, stürmischen Beifall, der dem trefflichen Redner am Schlusse seines Referates gependet wurde. „Der ist recht auf's Land“, so hat ich nach seinen ge-hört“, hörte man aus manchem Munde der Zuhörer.

Wittags um 3 Uhr fand in der „Krone“ Zentrumsver-sammlung statt, in der die Wähler bearbeitet wurden, für den Vertreter der Kapitalisten, Wittum, zu stimmen. Es will aber

Seite 5
nicht
denn
die
Arbeit
Klassen
aufge
...
Gen
fügu
Sozial
...
offentl
raumt
...
Die
Arbet
Verlan
sand,
man a
eröffn
suchen
auch a
gut be
lehrer
gegen
der an
peisen,
äußerl
redner
ruhe,
ste in
da sie
mit Fr
für De
franzö
keine d
traten,
Nachb
hatte,
Stotte
Frieder
das W
legen u
besonde
blatt:
diese p
Seite 5
Flugbl
währen
führte
sei und
erst je
es folg
Wege g
vollbrac
sen ab
große
unaushe
democr
Frieder
Anweise
kratie,
Soziald
freie fi
Ausfüh
...
Ru
hier ein
wie es
geräum
Stadt.
„Die h
die Ung
rechte
Soziald
tend be
nur 87
behande
deutsche
burg mit
blenden
stunde
Schulden
Redner
daß abe
parlei a
gabe, m
Kriegsgr
des ober
seiner A
eingehen
reform,
ordnung
auf die
und sch
sche, da
Tätigkei
bidat A
Stürmij
Redner
Wähler,
ein Lan
weil bod
gefübr
Es
nem J
penden
laufe;
Ge d.
...
Rad
Mann fi
posante
Zu
„Kapite
erhiene
schienen,
schafft
wird sel
jeden
Gral
Freunde

nicht recht gelingen, Begeisterung in die Sache zu bringen, denn es konnten keine 90 Mann von den Zentrümern auf die Beine gebracht werden. Wir glauben, daß auch diejenigen Arbeiter, die bisher noch dem Zentrum nachlaufen, sozial Klasseninstinkt haben, daß sie sich nicht für eine von Kapitalisten aufgestellte Kandidatur begeistern können.

Nach der Stimmung in unserer Versammlung zu schließen, können wir frohen Mutes in den Wahlkampf ziehen. Genossen, müßt die letzten Stunden, die euch noch zur Verfügung stehen, intensiv aus zur Arbeit für eure Sache, für den Sozialismus!

10. Wahlkreis.

Reichelsheim, 9. Jan. Auf Sonntag, 7. Jan., war hier eine öffentliche Versammlung im Gasthaus zum „Ochsen“ anberaumt worden, in welcher Gen. Kruse aus Karlsruhe über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ sprechen sollte. In Anbetracht aber, daß zur gleichen Zeit auch eine öffentliche Versammlung von Seiten der liberalen Partei im „Lamm“ stattfand, fanden sich bei uns nur unsere Genossen ein, weshalb man allgemein der Ansicht war, unsere Versammlung nicht zu eröffnen, sondern gemeinsam die liberale Versammlung zu besuchen und dann dort in die Debatte einzugreifen, was denn auch ausgeführt wurde. Der Saal im „Lamm“ war ziemlich gut besetzt. Die Ausführungen des Referenten, Herrn Hauptlehrer Wajchang aus Karlsruhe, richteten sich hauptsächlich gegen die Konservativen, was dem Vertreter dieser Partei, der an der Diskussion sich beteiligte, bewog, darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie von Seiten des Referenten äußerst glimpflich dabongekommen sei. Der erste Diskussionsredner war Herr Rechtsanwalt Dr. Heinsheimer aus Karlsruhe, welcher der Sozialdemokratie den Vorwurf machte, daß sie in der Marokko-Angelegenheit nicht national gehandelt habe, da sie durch ihre Protestversammlungen die Verhandlungen mit Frankreich erschwert habe und die Schuld daran trage, daß für Deutschland nicht mehr „abgefallen“ sei. Es gab eine französische und eine englische Sozialdemokratie, aber es gäbe keine deutsche. Wohl gebe es in Deutschland viel Sozialdemokraten, aber diese seien nicht national, sondern international. Nachdem Herr Lehrer Schneebel von hier noch gesprochen hatte, der hauptsächlich auf die Notwendigkeit einer starken Flotte und eines starken Heeres hinwies, welches allein den Frieden garantiere, ergriff unser Genosse Kruse aus Karlsruhe das Wort, um den Standpunkt der Sozialdemokratie klarzulegen und die unrichtigen Behauptungen zurückzuweisen. Ganz besonders aber kennzeichnete er den Passus im liberalen Flugblatt: „Wo sind die Erfolge der Sozialdemokratie? Was hat diese starke Partei Positives geleistet? Nichts! ufm.“ Gen. Seith von hier verbreitete sich zunächst über das konservative Flugblatt, um dann die Stellungnahme der Sozialdemokratie während der Marokko-Angelegenheiten zu verteidigen. Er führte aus, daß eben die Sozialdemokratie die Friedenspartei sei und durch ihre Kundgebungen bewies, daß es ihr damit auch ernst sei. Und wenn sie nun durch ihr energisches Auftreten es soweit gebracht habe, daß die Differenzen auf friedlichem Wege geschlichtet wurden, so hat sie eine nationale Tat vollbracht, denn sie hat unserem Vaterlande hunderttausend seiner kräftigsten Männer erhalten und das Volk vor großem wirtschaftlichem Elend bewahrt, das die unausbleibliche Folge eines Krieges gewesen wäre. Die Sozialdemokratie habe sich also als die beste Patrioten-, als die wahre Friedenspartei bewiesen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, am 12. Januar den Kandidaten der Sozialdemokratie, Herrn Adolf Ged., seine Stimme zu geben, da die Sozialdemokratie die einzige Partei sei, die auch wirklich einträte für Volkswohl und Völkerverständnis, schloß Redner seine Ausführungen.

Rußheim, Am Sonntag, 7. Jan., nachmittags 8 Uhr, fand hier eine überaus zahlreiche besuchte Wählerversammlung statt, wie es wohl selten in Rußheim vorkommen dürfte; war doch der geräumige Saal zur „Kanne“ bis auf den letzten Platz gefüllt. Stadtd. Hermann Eichhorn aus Karlsruhe referierte über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Redner behandelte die Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung. Würde eine gerechte Einteilung bestehen, so hätte bei der letzten Wahl die Sozialdemokratie statt 48 deren 116 Mandate erhalten, während dem Zentrum statt 105 nur 78 und den Konservativen nur 37 statt 59 Mandate zugekommen wären. Der Referent behandelte ferner die Hurrnwahlen von 1907, wo sich der deutsche Kleinbauer und Handwerker durch den Agitator Dornburg mit seinen „Diamanten“ aus unseren Kolonien habe blenden lassen und nur dadurch sei ein solcher Reichstag zustande gekommen, welcher das „liebe Vaterland“ in solche Schuldenlast geführt habe. In eingehender Weise behandelte Redner die Tätigkeit des schwarz-blauen Wlods und bemerkte, daß aber auch die Nationalliberalen und die freisinnige Volkspartei an der Steuerung, welche das arbeitende Volk zu tragen habe, mit Schuld seien. Nachdem der Redner unsere unerhörten Kriegserklärungen zu Wasser und zu Lande und die Ansprüche des obersten Kriegsherrn an die „Gardeztruppen“, wonach auf seinen Befehl auf Vater und Mutter geschossen werden müsse, eingehend behandelt hatte, unterzog derselbe die Reichsfinanzreform, das Reichsvereinsgesetz und die Reichsversicherungsordnung einer besonderen Beleuchtung. Redner kam dann noch auf die Gegenkandidaten Haas und Gemmingen zu sprechen und schloß seinen anderthalbstündigen Vortrag mit dem Wunsch, daß der feierliche Abgeordnete, welcher für seine politische Tätigkeit schon oft hinter Kerkermauern gebüßt habe, der Kandidat Adolf Ged., am 12. Januar wieder gewählt werde. Stürmischer Beifall folgte den trefflichen Ausführungen des Redners. An der lebhaften Debatte beteiligten sich verschiedene Wähler, welche sich im Sinne des Referenten äußerten. Nur ein Landwirt bemerkte, daß er stets konservativ gewählt habe, weil doch die Getreidezölle zur Hebung der Landwirtschaft eingeführt seien. Es war dem Referenten ein Leichtes, den Mann von seinem Irrtum zu befreien, worauf ein weiterer Landwirt folgenden poetischen Vorschlag machte: „Den Haas, den lasse mer laufen; den Gemmingen schmeiße mer weg und wähle Adolf Ged.“

Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden, Mann für Mann für Adolf Ged. zu stimmen, wurde um 6 1/2 Uhr die imposante Versammlung geschlossen.

Zu gleicher Zeit fand in einem anderen Gasthaus eine „Kasernenversammlung“ statt, wozu mehrere Redner per Auto erschienen waren, jedoch waren der „Gäulein“ so wenig erschienen, daß mit den bereitstehenden Autos Zuhörer beigebracht wurden, um den „Spech“ anzuhören. Jedoch sollen dieselben nicht besonders erbauet gewesen sein.

Graben, 11. Jan. Wir machen die Parteigenossen und Freunde unserer Sache darauf aufmerksam, daß das Wahl-

Bureau von 10 Uhr ab sich im Gasthaus zur „Rose“ befindet, woselbst auch abends die Resultate bekannt gegeben werden.

Arbeiter, Wähler von Graben! Tut am Wahltage eure Pflicht! Haltet nicht auf die schönen Worte unserer Gegner herein! Ihr alle wißt, daß sie noch nie gehalten haben, was sie vor der Wahl versprochen. Seht nicht auf den Reim! Mit fieberhafter Tätigkeit haben sie heute noch gearbeitet. Auf Graben scheinen die Konservativen ihre letzte Hoffnung zu setzen. Gleich 8 Flugblätter haben Sie heute noch ausgegeben und auf heute Abend im „Babischen Hof“ noch eine Versammlung anberaumt. Obs was hilft?

Die Parteigenossen, die nachmittags frei haben, mögen sich zur Verfügung stellen.

11. Wahlkreis.

Mannheim, 11. Jan. Zu einer mächtigen Kundgebung des Proletariats gestaltete sich heute Abend der Generalappell der Sozialdemokratie vor der morgigen Wahlschlacht. Der imposante Nebelgenuss war bis unter das Dach zum Wreden voll. Das gisra 1000 Personen fassende Podium war gedrängt voll von Zuhörern, und an den Türen standen die Besucher zu Hunderten wie eine Mauer. Unser Kandidat Genosse Dr. Frank sprach in gewohnt glänzender und kerniger Weise. Mit einem energischen Schlussworte des Vorsitzenden Böttcher fand die Versammlung um halb 11 Uhr ihr Ende.

13. Wahlkreis.

Mengingen, 11. Jan. Am letzten Dienstag Abend fand hier im Gasthaus zum „Lamm“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Reichstagskandidat Gen. Richard Gortler aus Karlsruhe über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. Es waren 170-180 Personen der Einladung gefolgt. Redner besprach zuerst die Arbeiten des letzten Reichstages, besonders die des Herrn Rupp, und führte dann den Wählern die Finanzreform und die Schulden des Reiches vor Augen. Nachdem er erklärte er das sozialdem. Programm. An der Diskussion beteiligte sich Herr Eschelbacher, welcher die Wähler an die Vermögenssteuer erinnerte. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, am 12. Januar die Stimme nur dem sozialdem. Kandidaten, Gen. Gortler, zu geben.

Aus der Partei.

9. Wahlkreis.

Das Zentralwahlkomitee hat seinen Sitz in Durlach, Gasth. z. „Lamm“. Telefon 148. Alle Meldungen, Reklamationen etc. sind an diese Adresse zu richten. — Das Wahlergebnis wird abends nicht nur in der Festhalle, sondern auch im „Schwanen“ und im „Lamm“ in Durlach bekannt gegeben.

Leutschneureut, 10. Jan. Die Parteigenossen werden ersucht, am Wahltag sich vollständig zur Verfügung zu stellen. Alle Mann an Bord!

Das Wahlergebnis wird im Parteikolossal bekannt gegeben. Auch vom 9. Kreis werden wir auf dem schnellsten Weg das Resultat erfahren.

Kommunalpolitik.

Zweckverbanddirektor gesucht. Der vom Groß-Berliner Zweckverband gewählte Ausschuss zur Feststellung der Anstellungsbedingungen und Vorbereitung der Wahl eines Zweckverbanddirektors hat beschlossen, die Stelle auszuzeichnen und zwar mit 25 000 M. Jahresgehalt und 5000 M. Repräsentationsgeltern.

Gewerkschaftliches.

Die Tabakarbeiterausperrung wird Ende dieser Woche mit gutem Erfolge beendet werden.

Streik der Militärattler in Straßburg i. El. Am 6. Jan. haben sämtliche Militärattler der Firma Jenen u. Efelmann die Arbeit wegen zu niedriger Entlohnung eingestellt. Es handelt sich um türkische Sanitätskornister, für die 3,40 M. pro Stück gefordert werden, die Firma aber anfänglich nur 2,65 M., später 3 M. per Stück Arbeitslohn zahlen wollte.

Die bei Innungsmeistern beschäftigten Sattlergesellen Hamburgs haben beschlossen, zwecks Regelung der beruflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Innungsverband in Verbindung zu treten.

Die Militärattler in Hl m a. D. haben den Unternehmern den Berliner Militärattlerattik zur Anerkennung überreicht, um dadurch die Löhne zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen.

In München wurden durch das Vorgehen der Militärattler die Berliner Tariflöhne eingeführt, ohne daß es zu einer Arbeitsniederlegung gekommen ist.

Aus dem Lande.

Ettlingen.

1. Eine glänzende Wahlversammlung, das ist das Resultat des letzten Appells der Sozialdemokratie an die Wähler. Die Festhalle war mit 500 Personen gefüllt und mit Interesse lauschte alles den Ausführungen unseres Kandidaten Trinks und des zweiten Referenten, Redakteur Oskar Ged. Mannheim. Der Kandidat hinterließ einen äußerst günstigen Eindruck und das vorzügliche Referat des Gen. Ged. entsetzte förmlichen Beifall. Ettlingen wird Vermitt bewahren und den Reaktionsbittum nicht wählen. Arbeiter, überlaßt ihn den Fabrikanten und wählt Trinks!

Mastatt.

— Volksversammlung. Sehr stark besucht war die gestrige letzte Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei. Gen. Rüdert hielt ein zündendes Referat und rechnete scharf mit den schwarz-blauen Schnapsbühlern und den Liberalen ab. Brausender Beifall lohnte seine Ausführungen. Unser Kandidat Ruz als zweiter Redner brandmarkte scharf die Zentrumsagitatoren. Heute speit die „Mastatter Zeitung“ dafür Gift und Galle. Ein liberaler Reallehrer glaubte die Arbeiter zur Stimmabgabe für die Liberalen auffordern zu müssen. Ihm widerlegte Genosse Rüdert im Schlusswort kurz und treffend. Arbeiter von Mastatt! erfüllt auch heute eure Pflicht und sorgt, daß der letzte Mann zur Wahl gebracht wird. Dann wird es auch hier vorwärts gehen.

Offenburg.

s. Eine Anfrage an das Zentrumsblatt „Offenb. Zeitung“. In der Mittwoch-Nummer lesen wir von der Intelligenz der Polizeihunde bei der Entdeckung der Verbrecher. Sollte es nicht möglich sein, den Geruchssinn dieser Hunde auch dazu zu verwenden zu können, daß durch Beschnüffeln der Lügenartikel und gemeinen Mährchen in den Spalten der Zentrumsblätter die „Verbrecher“ ermittelt werden, die diesen unheilvollen Schwindel treiben?

s. Zum Christentum der „Offenb. Zeitung“. Im Inzeratenteil des Blattes der Offenburger Zentrumsheiligen spricht in dem Handelsteil ein katholisches, gebildetes, 33jähriges Jungfräulein mit Vermögen den Wunsch aus, daß ein Herr gleicher Religion in geficherter Vermögensstellung mit ihr in Verbindung treten solle, behufs späterer Verehelichung. Es darf auch ein Witwer an dem Handelsgeschäft sich beteiligen, wenn er nicht mehr als ein Kind in die Firma mitbringen würde. Die Bemerkungen offerieren für dieses weibliche Unternehmen gehen an den Zuschneidischen Verlag, nicht etwa an den „Juden“ Rud. Koffe. Die „gleiche Religion“, die der gesuchte Verbindungsmann haben muß, wird sich wohl auf das Wort „Vermögen“ beziehen.

Die 33jährige katholische Jungfrau hat wohl erkannt, wie teuer ein Familienstand bei den hohen Lebensmittelpreisen ist. Da die Religion des Zentrums an dieser Notlage der meisten Familien die Schuld trägt, tritt die Ehestandskandidatin nicht in die heilige Ehe ein, ohne vorher für das Nötige gesorgt zu haben, um Brot und Fleisch kaufen zu können.

— Genossen, stellt euch heute Abend zahlreich in dem Wahlbureau zum Schlepperdienste ein. Frühzeitig wählen ist Ehrensache!

Landwirtschaftliches.

Die am 4. und 6. Jan. in Karlsruhe abgehaltenen Vorträge der Landwirtschaftskammer waren so stark besucht, daß die Teilnehmerzahl bis auf 300 Personen stieg. Es sprach Dr. Reinhardt-Bonn über die Verwendung der Elektrizität im Landwirtschaftsbetriebe, v. Lothom-Beitrus über die Individualauslese auf Grund der Leistungsprüfung in der Pflanzen- und Tierzüchtung, Prof. Dr. v. Rümmer-Breslau über die moderne Ackerwirtschaft und Prof. Dr. Kraemer-Hohenheim über Volksernährung und Landwirtschaft.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 12. Jan.

Der Schluß-Aufmarsch der Sozialdemokratie.

Eine Riesen-Versammlung.

Zu einer gewaltigen Kundgebung der Karlsruher Arbeiterchaft gestaltete sich gestern Abend die in die Festhalle einberufene öffentliche Volksversammlung der Sozialdemokratie. Tausende und Abertausende strömten herbei. Lange vor Beginn der Versammlung war der geräumige Saal dicht besetzt. Kopf an Kopf stand die Masse. Um 8 Uhr bereits mußte die Galerie gesperrt werden. Und vor halb 9 Uhr schon wurde

das Haus abgesperrt. Niemand mehr fand Einlaß. Weit über tausend Personen, die fast den ganzen Platz vor der Festhalle ausfüllten, mußten draußen bleiben. So marschiert die Sozialdemokratie! Allein und stolz, ohne drei bis vier Hilfsparteien als Anhängel.

Eine gewaltige Heerschau, weit über 5000 Personen, lauschte mit gespanntester Aufmerksamkeit den Worten unserer beiden Genossen. Auch hier, wald ein Gegensatz gegenüber den bürgerlichen Vortragsveranstaltungen an den beiden Tagen vorher! Da bedurfte es keiner Staffage, es bedurfte keiner zentralistischen Unterstützung, um eine reichsparteiliche Kandidatur mit knapp 2000 Anhängern mundgerecht zu machen. Es bedurfte keiner nationalliberalen Hofräte, Geheimräte und Bürgermeister, um einem linksliberalen, zu sagen „demokratischen“ wäre eine Beleidigung, Kandidaten mit kaum 1700 Wählern als Staffage zu dienen.

Bei uns bedurfte es solcher Mittel nicht. Zwei ausrichtige Männer, im Dienste und Kampfe für das Proletariat ergraut, sprachen zum Volke. Sie brauchten keine Rücksichten zu nehmen auf ihre Wahlmacher, auf ihre Wahlhelfer. Weil die Sozialdemokratie solche Kandidaten nicht kennt. Sie brauchten auch keine demokratischen Wortsalbabereien zu verzapfen, denn diese Wählerchaft ist politisch zu geschult, als daß sie sich zu etwas noch bieten lassen würde. Klar und offen waren ihre Worte, von tiefem Ernste und hoher Begeisterung getragen für die Sache, der sie ein ganzes Menschenalter jetzt dienen. Mit größter Ruhe und gespanntester Aufmerksamkeit lauschte die gewaltige Menschenmasse den wissenschaftlichen Ausführungen des ersten Redners, Genossen Hermann Greulich, Nationalrat aus Zürich. Und ebenso gespannt folgte sie den praktischen Ausführungen des zweiten Redners, des Kandidaten Adolf Ged. Gestern Abend kam dem Besucher erst voll und ganz der jammerschöne Eindruck der beiden vorhergehenden Versammlungen zum Bewußtsein. Gen. Nationalrat Hermann Greulich führte etwa folgendes aus:

Wenn man sage, die Sozialdemokratie kämpfe für höhere Kultur, so gibt es eine große Anzahl von Gegnern, die entgegen, die Sozialdemokratie predige den Klassenkampf, treibe Terrorismus, habe als Werkzeug die Gewalt. Da müsse man aber erwidern, daß wir den Klassenkampf nicht erfinden, er ist keine Theorie, kein Dogma,

der Klassenkampf ist eine geschichtliche Tatsache. Es ist Tatsache, daß der Klassenkampf stets von den herrschenden Herren begonnen worden ist zur Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Massen. Gerade die Prediger der Religion sollten das wissen, sie dürfen nur das alte Testament ansehen. Die großen Klassiker der liberalen politischen Ökonomie sprechen schon vor 150 Jahren vom Klassenkampf. Für die Arbeiterchaft ist der Klassenkampf nichts anderes als eine Notwehr gegen den Klassenkampf von oben.

Genosse Greulich gibt nun einen interessanten lehrreichen historischen Rückblick auf die Kämpfe zwischen den Geschlechtern und Handwerkern im Mittelalter, die, auch nichts

anderes waren als ausgesprochene Klassenkämpfe. Ein Klassenkampf war auch der Kampf des Kaisers Barbarossa gegen die lombardischen Städte. Die Geschlechter der Städte erkämpften sich die Gleichberechtigung mit dem Adel.

Die Handwerker der Städte waren anfangs auch unfreie Leute. Allmählich nahmen sie an Zahl zu, sie wurden eine Gefahr für die herrschenden Geschlechter. Sofort setzte hier wiederum der Klassenkampf von oben ein. Zunftverbote wurden erlassen, sogar auf Reichstagen. Schwere Strafen wurden verhängt. Aber auch hier mußte die Unterdrückung nicht, die Freiheitskämpfe der Zünfte trugen den Sieg davon.

Mit diesem Sieg der Zünfte wurde zum erstenmal auch die Freiheit der Arbeit, die freie Arbeit erkämpft. Dante hat in seiner divina commedia (göttliche Komödie) in dichterischer Form die Kämpfe der Zünfte mit den Patriarchen dargelegt.

Die beherrschte Klasse verleiht der herrschenden Klasse durch ihre Arbeit die Mittel und die Zeit für bessere Bildung. Der beherrschten Klasse war es deshalb nicht möglich, sich selbst weiterzubilden, den Körper zu pflegen, sich bessere Wohnungsverhältnisse zu verschaffen. Die herrschende Klasse konnte sich eine höhere Kultur schaffen, daher kommt es, daß die beherrschte Klasse sagt: Wir kämpfen für eine höhere Kultur. Mit der Erlämpfung der Freiheit der Arbeit entstand eine gewaltige Entwicklung der Produktion, eine Steigerung der Lebenshaltung, damit eine Stärkung der Volkskraft, und damit eine große Entwicklung in geistiger Richtung. Man betrachte nur die alten Städte mit ihren Dome und Münzern, die von einer gewaltigen Kultur des Mittelalters zeugen. Der Engländer Rusch jagte angeht dieser Meisterwerke: das sind Riesendenkmäler freier Arbeit. Damals war aber die Lebenshaltung eine bessere, die Zahlung eine höhere, ja, die achtstündige Arbeitszeit war allgemein durchgeführt.

Der Kapitalismus hat alles das wieder auf einen traurigen Zustand zurückgebracht.

Der Klassenkampf der Handwerkerzünfte, obgleich geführt gegen eine höhere Kultur, hat selbst eine Kulturstufe hervorgerufen, vor der wir heute stannend stehen. Das gleiche Ziel wie die Handwerkerzünfte steht heute der Arbeiterschaft vor Augen. Das gleiche Ziel einer höheren Kultur ist die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterschaft. Sie muß und wird diese Aufgabe erfüllen. Heute sind alle Mittel vorhanden, die eine höhere Lebenshaltung und eine höhere Kultur ermöglichen. Der Reichtum ist gigantisch gewachsen. Daneben aber herrscht eine Ausbeutung der arbeitenden Mehrheit durch die reiche Minderheit, die ein noch nie dagewesenes Massenelend herbeigebraucht haben. Wie ein Blitz hat es hineingeleuchtet in das ungeheure Elend, als in Berlin 70 arme Proletarier verpflegt worden sind.

Ein Elend hat sich da offenbart, wie wir es selbst nicht gekannt haben.

Und neben dieser Ausbeutung haben wir eine ungeheure Verschwendung für den Nützlichkeitswahn. Wie Bestien stehen die Völker einander gegenüber. Wer entscheidet über Krieg und Frieden? Nicht die Fürsten, nicht die Regierung, nicht die Völker, sondern einzig und allein die Hoffmanns, die unsere Produktion, unsern Handel und Verkehr beherrscht. Wenn diese Befehle, dann müssen die Kanonen und die Maschinengewehre losgehen, die Völker sich zerfleischen.

Kultur bedeutet: Geschützten Weltfrieden und höhere Lebenshaltung des Volkes. Für beides tritt die Arbeiterschaft ein, politisch die Sozialdemokratie. Alle andern Parteien laiden zusammen, sobald es heißt: Ein nationaler Krieg müsse geführt werden, andern Völkern müsse Zivilisation gebracht werden. Italien, das seine Familien nicht ernähren kann, so daß diese ins Ausland müssen, abgesehen reicher Boden vorhanden ist, den aber die Arbeiter nicht bauen dürfen, da er den reichen Herren gehört, dieses Land will den Arabern Zivilisation bringen.

Nur eine Macht tritt für den Weltfrieden ein: die kämpfende Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie.

Das ist die Vorstufe einer höheren Kultur. Nur eine Klasse sucht dem Kapitalismus eine höhere Lebenshaltung abzuringen: die freien Gewerkschaften. Und als drittes Glied kommen die Genossenschaften hinzu. Vor 50 Jahren begegnete man überall Stumpfsinn, roher Gleichgültigkeit. Jetzt sind Millionen mit einem Ideal erfüllt worden, sie kämpfen mit Singsang und Opfermut für ihre Klasse. Aber den Klassenkampf hat die Arbeiterschaft nicht begonnen, die oberen Klassen haben ihn der untern Klasse aufgezwungen, die ihn nun aus Notwehr führen muß. Die Arbeiterschaft wird wie einst die Handwerkerzünfte, sich die höhere Kultur eringen. Sie wird die Millionen Exzentriker und Intelligenzen, die heute vom Kapitalismus erstiftet werden, freimachen. Mit diesem Gedanken gewinnt der 12. Januar eine eigene Bedeutung. Der Kampf wird in allen Ländern geführt gegen den Kapitalismus. Aber jedes Volk hat eine bestimmte Aufgabe. Die deutsche Arbeiterschaft hat die Aufgabe, ein Vorkämpfer des internationalen Proletariats zu sein.

Hier muß es heißen: Deutschland in der Welt voran. Das internationale Proletariat schaut auf Euch, so schloß der Redner. Bei der Schlacht Trafalgar erließ Nelson einen Tagesbefehl: England erwartet, daß jeder Mann seine Pflicht tut. Deutsche Arbeiter: das internationale Proletariat erwartet von Euch, daß Ihr Eure Pflicht tut.

Langanhaltender Beifall, der auch oft den Redner während seinen Ausführungen unterbrochen hatte, lohnte den greisen Parteiveteran.

Als zweiter Redner ergriff sofort Genosse Adolf Gek das Wort zu seinem Vortrage über „Sozialdemokratie und Reichstagswahlen.“

Schon oft, so führte er aus, ist versucht worden, die Sozialdemokratie „aufzuschlagen“. Allein es ist nicht gelungen. Wisnars bemühte sich durch das Sozialistengesetz, welches Not und Elend in den düstersten Schattierungen über die Anhänger der Sozialdemokratie brachte, diese mundtot zu machen. Dies hat jedoch ebensowenig, wie die konservativ-liberale Paarung unter der Direktion des Fürsten Bülow der Sozialdemokratie Abbruch tun können, wenn auch durch den Sozialistenstreik eine Anzahl Mandate verloren ging. Als Fürst Bülow im Januar 1907 die Erfolge seiner „Sammlungspolitik“ in seiner Jubelstimmung überschaute, hat er den Ausspruch: „Das Beste bei dem nächsten Reichstagswahlen müsse sein, die rote

Farbe von der Residenzstadt Karlsruhe herunterzuholen.“ Fürst Bülow hat sich jedoch hierin sehr geirrt. Der morgige Tag wird zeigen, daß die rote Fahne sich nicht so schnell heruntergeholt werden und nicht jetzt in seinem Capua, in der Nähe des Vatikans, den er so sehr bekämpfen wollte. An Stelle der konservativ-liberalen Paarung ist alsdann der schwarz-blaue Bloß getreten. Hier ist es insbesondere die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ gewesen, die sich nicht gescheut hat, den Volksbetrug gleichsam zur Norm für ihr politisches Handeln zu machen. Um diese reaktionäre Mehrheit nummehr bereitwilligen zu machen, sind 1000 Köpfe an der Arbeit. Alle Mittel werden angewendet, um ein weiteres Wachstum der Sozialdemokraten, das allein Wandel schaffen könnte, hintanzuhalten. Gerade heute ist der „Vorwärts“ einem

Attentat auf die Freiheit des Stimmrechts auf die Spur gekommen, das feinesgleichen sucht. Durch einen ungeheuren Druck hat man von einer Anzahl von Staatsarbeitern die Unterschrift für einen Aufruf erpreßt, der verfluchen soll, daß die Stellung zum Wahlgeld eine Frage des Gewissens und der Pflicht sei, daß der Dienst bei den Beamten und der Arbeiterschaft der Reichs- und Staatsbetriebe verbiete, die Sozialdemokraten, welche Gegner der heutigen Staatsordnung seien, zu wählen. Dieser Aufruf, der die deutsche Reichsverfassung in größtmöglicher Weise verletzt, stellt eine Zumutung an die Reichstagswähler, die sich in Staatsbetrieben befinden, die schon mehr als unverschämte und ungeheuerlich ist. Die Staatsbeamten und -arbeiter werden sich jedoch trotz all dieser Machenschaften nicht davon abhalten lassen, ihre Stimme in der geheimen Wahl den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu geben, die sich von jeder der Staatsbediensteten in höchstem Maße annahm. Die Staatsangestellten, die durch diese Aufforderung

Bürger 2. Klasse gestempelt werden, werden am morgigen Tage die entsprechende Antwort geben. Als im Jahre 1909 die Beamtenbesoldungsvorlage zur Tagesordnung stand, da traten die sozialdemokratischen Vertreter auf das mächtigste für Verbesserungen ein. Preußen, der Hegemoniestaat, hat jedoch hiergegen Front gemacht. Den Ministern aber habe man 36 Proz. Zulage für Repräsentationskosten gewährt wie auch die Gehälter der Geistlichkeit, die doch eigentlich im Geiste Christi mäßig und enthaltsam leben sollte, bedeutend erhöht wurden. Trotz seiner Großpredereien hat der Hottentottenbloß nicht viel für die untern Beamten übrig gehabt.

Dem deutschen Kaiser jedoch, der mit seinen 17 Millionen noch nicht genug hatte, wurde unter freudigster und bereitwilligster Unterstützung der Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei eine Gehaltszulage von 3 Millionen untertänigst serviert. Hierdurch hat Wilhelm II. ein Jahresgehalt von, sage und schreibe, — zwanzig Millionen Mark —, wozu noch die ungeheuren Einkünfte aus seinen immensen Besitzungen kommen. Wilhelm II., der größte deutsche Großgrundbesitzer, besitzt 150 000 Morgen Wald, 90 Herrschaften, Wiesen, Felder usw., worunter 14 000 Hektar Weizengetreidefeld sich befinden. Der hieraus infolge der volksbedrückenden Futterzölle sich ergebende Mehrgewinn wird allein auf etwa eine Milliarde geschätzt; während das Volk, welches sich das Brot kaufen muß, den Profit zahlt. Das Volk mag ruhig hungern. Wenn es sich um dieses handelt, dann existiert keine Feinerung. Die Hauptfrage ist, daß es den Herrschern und deren agrarischen Großkapitalisten trotz gut eracht, so denken diese regierungsfähigen „Volkserreiter“. Der deutsche Reichstag ist, richtig betrachtet, eigentlich nur ein Puppenstück, geschaffen, um die Redelust Einzelner zu befriedigen. Denn das Recht, zu verlangen, daß dasjenige, was er beschließen auch zur Durchführung gelangt, besitzt er nicht. Nicht einmal, wenn es sich um

Krieg oder Frieden

handelt, wobei das Volk mit seinem Kopf und mit seinem Geldbeutel herhalten muß, darf es ein Wörtchen drein reden. Gerade heute bringt der offiziöse „Berliner Lokalanzeiger“ die Nachricht, daß die deutsche Regierung dem kommenden Reichstag eine neue Militärvorlage bringen wird, deren Gesamtlosten etwa 200 Millionen Mark betragen werden, die jedoch, wie hinzugefügt wird, von den höheren Einkommen getragen werden soll. Daß die Regierung eine weitere Heeresvermehrung fordern wird, ist sicher. Was dagegen den Passus betrifft, daß die höheren Einkommen die Kosten tragen, so wird es wahrscheinlich wieder so gehen, wie das letzte Mal, wo es gerade so lautete und man schließlich dem Volke 400 Millionen direkte Steuern aufstufte.

Wenn wir von den hiesigen Gegenkandidaturen zuerst die junckerliche in Augenschein nehmen, so wird uns bei näherer Betrachtung gleich ersichtlich, daß, wenn wir dem Ritter von Gerning den Helm abnehmen, der Jesuitenhut zum Vorschein kommt. Der Reichspartei, dieser Feindin jedes Sozialisrechts und jedweder Freiheit, wird kein Arbeiter — welcher Ueberzeugung er auch sei — seine Stimme geben, denn die Junker haben wahrlich lange genug mit dem Wohle des Volkes Schindluder getrieben. Diese Herren stehen auf dem gleichen Standpunkt, den der Bischof von Regensburg fuhngab: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben!“ Was den Kandidaten der „Liberalen“ betrifft, so kann man sagen, daß er durch die Umgebung, in der er sich jetzt befindet, nicht gewonnen hat. Wer sich mit den Nationalliberalen amalgamiert, der ist verloren, was sich bei dem fortschrittlichen Kandidaten schon bei den verschiedensten Fragen gezeigt hat. Die fortschrittliche Volkspartei ist am wenigsten berechtigt, der Sozialdemokratie Vorwürfe zu machen, da gerade sie es war, die bei den letzten Reichstagswahlen am meisten dazu beigetragen hat, die Sozialdemokratie zu schwächen. Trotzdem haben wir in den Reichs- und Landtagen all das getan, was wir konnten. Wenn wir die Reichsversicherungsordnung ablehnten, so geschah es deshalb, weil sie auch nicht die notwendigsten Forderungen erfüllte. Wie wenig zuverlässig die Liberalen sind, das hat sich bei der Abstimmung über die Schiffahrtsabgaben gezeigt, wobei mit Hilfe der Liberalen und auch sehr vieler Freisinnigen, darunter die Volksparteier von Bayer und Hausmann, die Interessen des Handels, des Verkehrs und der Konsumenten in allergrößtem Maße geschädigt wurden. Die fortschrittliche Volkspartei hat also nicht nötig, sich über die Sozialdemokratie künstlich aufzutreten.

Wenn wir zum Schluß das Ganze kurz rekapitulieren, so werden wir zu dem Schluß kommen, unter demselben Banner wie bisher weiterzumarschieren, die ein wirklich demokratisches Reich wollen, eine Staats- und Verfassungsordnung erstreben, die jedem das sichert, was er seiner Tüchtigkeit verdankt, stehen morgen auf Seite der Sozialdemokratie. Nicht Gleichmacherei erstreben wir, wie es unsere Gegner so gerne behaupten, sondern Teilnahme an den großen Gütern der Menschheit. Das Proletariat aller Länder will den Frieden festigen und erstrebt kulturelle Entwicklung und soziale Verbollkommnung. Voran zum Kampfe! Der Sieg wird uns dann nicht ausbleiben!

Nicht endemwollender, jubelnder Beifall, welchen die Rede loslöste, bewies, daß die Karlsruher Wählererschaft ihrem seitherigen Reichstagsabgeordneten das gleiche Vertrauen wie bisher entgegenbringt, daß sie nur den Kandidaten der Sozialdemokratie im Reichstage haben will, den bewährten Genossen Adolf Gek.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligte sich Gen. Kunge, der besonders die Rückwärtsentwicklung der Demokratie feststellte. Einige Jahre sind es her, seit von diesen für die Gefallenen von 1848 ein Denkmal gesetzt wurde. Ein Denkmal für jene, die nach der heutigen Anschauung der Demokratie Staatsverbrecher sind. Diese Herren sollten sich schämen, wie sie ihre Vergangenheit, auf die sie — trotz ihrer heutigen Stellung stolz sein dürfen, jetzt ohne Zagen verleugnen. — Der zweite Diskussionsredner Rechtsanwalt Gen. Marum nagelte insbesondere die heutigen nationalen Phrasen der Fortschrittler fest. Diese sollten es unter allen Umständen vermeiden, der Sozialdemokratie eine antinationale Haltung vorzuwerfen, denn es ist noch gar nicht lange her, da hat man gegen die Freisinnigen und auch gegen das heute von Nationalitätsbewußtsein überfließende Zentrum mit den gleichen Schlagworten operiert. — In seinem Schlusswort richtete Gen. Sigmund nochmals einen lebhaften Appell an die Arbeiterschaft, am morgigen Tage ihre Pflicht getreulich zu erfüllen.

Die von hoher Begeisterung getragene, geradezu muttergültig verlaufene Versammlung wird den Gegnern gezeigt haben, daß das Karlsruher sozialdemokratische Reichstagsmandat doch nicht so leicht zu nehmen ist, als sie vielleicht dachten. Wenn am heutigen Tage jedermann an seinem Klage ist, dann kann der Ausgang der Wahl nur das Ergebnis bringen, die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten

Adolf Gek.

Wer noch nicht gewählt hat, gehe unverzüglich zur Wahl. Lebt das Wahlrecht möglichst frühzeitig aus, weil in den Abendstunden ein sehr großer Andrang herrscht!

Die Wahlergebnisse.

Soweit nicht der Wahl-Nachrichtendienst durch die Kreisparteileitungen organisiert ist, sind die Wahlergebnisse der einzelnen Orte abends telegraphisch, telephonisch oder durch Boten (Radfahrer) an die Redaktion des „Volkstrend“ zu übermitteln. Bei telephonischer Benachrichtigung bitten wir Telephon Nr. 128 anzurufen. Telegramm-Adresse: Volkstrend Karlsruhe.

Wenn Benachrichtigung über Wahlergebnisse vom Volkstrend gewünscht wird, wolle man Telephon Nr. 481 verlangen.

Auch das Parteisekretariat Telephon Nr. 1969 gibt Auskunft.

Das Wahlergebnis wird in folgenden Lokalen bekannt gegeben:

- Südstadt: „Auerhahn“, „Deutsche Eiche“, Augartenstr., Schaufelberger, Ecke Winter- und Wilhelmstr.
Oststadt: Richter (Alte Brauerei Gek), Kaiserstr. 13.
Mittelstadt: „Gambriusshalle“ am Ludwigplatz.
Weststadt: „Palme“, Lessingstr.
Mühlburg im „Hirsch“, Hardstr.

Wir erluchen unsere Genossen, am Abend des Wahltages sich den Komitees in den einzelnen Bezirken zur Verfügung zu stellen.

Das Zentral-Wahlbureau befindet sich im Parteisekretariat Marienstraße 22. Fernsprecher 1969.

Rappurt.

Letzten Dienstag fand im „Eichhorn“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, welche trotz der ungünstigen Witterung sehr gut besucht war. Unser Kandidat Gen. Ad. Gek sprach über die bevorstehende Reichstagswahl. In seiner einstündigen Rede schilderte er die Zoll- und Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien, welche darauf hinausgeht, den kleinen Mann immer mehr zu belasten. Zum Schluß forderte er auf, dafür zu sorgen, daß die rote Fahne im 10. Wahlfreie nicht heruntergeholt werde. Nach einer Pause von 5 Minuten erhielt Gen. Stadtrat Philipp das Wort, da sich sonst niemand zur Diskussion meldete. In sehr scharfer Weise geißelte Gen. Philipp die Schandthaten des schwarz-blauen Bloßes, indem er in ausführlicher Weise auf die Reichsfinanzreform, auf das Reichsvereinsgesetz, sowie auf die famose Reichsversicherungsordnung und auf die politische Lage Deutschlands zu sprechen kam. Am Schluß seiner Ausführungen forderte Gen. Philipp die Anwesenden auf, Mann für Mann unsern Kandidaten Gen. Adolf Gek ihre Stimme zu geben, damit verhindert würde, daß ein Konservativer oder ein Dr. Haas gewählt werde, die keine Gewähr bieten, für die Erhaltung des Reichstagswahlrechts und die ohne Rücksicht auf die traurige Lage des werktätigen Volkes ihre Stimme für eine weitere Belastung desselben hergeben würden. Von der Versammlung wurde dem Redner brausender Beifall gezollt. Am heutigen 12. Januar muß die Parole heißen: Nieder mit der Reaktion, hoch die Sozialdemokratie!

Beschäftigungsgrad

im Monat Dezember 1911 nach den Nachweisungen der Krankenkassen. Am 1. Jan. 1912 hatten 24 Krankenkassen der Stadt Karlsruhe einen Bestand von 40 871 versicherungspflichtigen Mitgliedern (darunter 15 552 weibliche) aufzuweisen. Das sind gegenüber dem 1. Dez. vor. J. 1068 männliche weniger und 676 weibliche mehr, gegenüber dem 1. Okt. 1911 1163 männliche weniger und 1596 weibliche mehr und gegenüber dem 1. Jan. 1911 2065 männliche und 906 weibliche mehr.



Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.

Samstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr,
im grossen Festhalle-Saal

Großer Masken-Ball mit Preisverteilung.

10 Herren- und 10 Damen-Preise.

Grosse Aufführung:

Gegenwartsbilder mit Zukunftsmusik.

Ballmusik: Vollständiges Gewerkschafts-Orchester.

Leitung: Herr Musikdirektor A. Hofmann.

Närrische Kopfbedeckung obligatorisch.

Eintrittspreis: Saal 1 Mk., Galerie 50 Pfg.

Karten-Vorverkauf.

Arbeitersekretariat, Wilhelmstr. 47; Expedition des Volksfreund, Luisenstr. 24; bei den sämtlichen Vorsitzenden der Gewerkschaften; ferner in folgenden Lokalen: Drachen, Karl-Wilhelmstr. 10; Gewerkschaftszentrale, Kaiserstr. 13 und Zähringerstr. 2; Eichbaum, Waldhornstr. 33; Alte Brauerei Schruppel, Durlacherstr. 81/83; Stehwagen, Rüppurrstr. 2; Krone, Ecke Rintheimer- und Georg-Friedrichstr.; Auerhahn, Schützenstr. 58; Schwarzwälder Hof, Luisenstr. 57; Deutsche Eiche, Augartenstr. 60; Schaufelberger, Winterstr. 20; Wacht am Rhein, Gartenstrasse 2; Gambinushalle, Ludwigsplatz; Palme, Lessingstrasse 40; Saalbau, Bachstr. 69; Wacht am Rhein, Grünwinkel; Weissner Kuckuck, Beiertheim; Karlsruher Hof, Daxlanden; Schänke, W. Rintheim, Ernststr. 21; Eichhorn, Rüppurr; Schwanen, Durlach; Bäckerei Spittler, Wielandstr. 10; Zigarrenhdlg. Töpfer-Kurzmann, Rüppurrstrasse 10; Brehm, Schützenstr. 37; L. Graf, Marienstr. 70; Spezerei-handlung Weber, Umlandstr. 33.



Zu zahlreicher Beteiligung sind alle Narren und Närrinnen
eingeladen.

Die Kommission.

Masken- Ball- Schuhe

von
1.90 M.
bis zu den **hochfeinsten**
empfiehlt 4884
Schuhwaren-Haus
Münzner
Werderplatz 34.

Warum?

geben Sie noch so viel Geld für
teuren Bohnenkaffee und teure
Butter aus?

Wer

Neuberts Frucht-Kaffee à 50 g
Fruchtbutter à 90 g
(reinste Frucht-Margarine)
versucht hat, wird dabei bleiben.
Reformhaus, Kaiserstr. 122
40.

Billig zu verkaufen:

Fast neues poliertes Vertiko
und Chiffonier, auf 50 M.
eiserne Kinderbettstelle, Matraze,
rotes Deckbett, Kissen auf 16 M.,
polierte, saubere Bettstelle, Koff.
Deckbett, Kissen, auf 20 M., fast
neuer, sehr schöner Küchenschrank
20 M.
Umlandstr. 12, part.

Uhrenreparaturen.

Anerkannt beste und billigste
Reparaturwerkstätte seit zwölf
Jahren. Reinigen und repara-
tieren 1.50 M., reinigen, repara-
rieren und neue Feder 2 M.,
Feder einlegen und olen 1.20 M.,
Glas, Zeiger, Wägelring je
25 Pfg. Reparaturen an Wand-
und Weckeruhren ebenfalls billig
und unter Garantie. 4604

Joh. Träger,
Kaiserstraße 17, Stb. 2. Et



Knorr- Hafermehl und Reismehl

sind wegen ihres hohen
Gehaltes an blutbildenden
Nährsalzen u. Eiweiß natür-
liche Kräftigungsmittel für
Bleichsüchtige und Blutarmer,
die dabei rotwangig und
blühend werden.

Empfehle mein weit bekannt großes Lager in

Herren- u. Damen-Kostümen

von den elegantesten bis einfachsten, verleihe solche
für Gewerkschaftsbälle zu sehr reduzierten Preisen,
so daß sich jeder Arbeiter und Arbeiterin auch ein
Bergnügen erlauben kann.

W. Wolf, Maskenverleihgeschäft.

Kaiserstraße 26, glühigen Kronen und Halb-



**Ein neuer
Jahrgang
und wieder
ein starkes
Wachstum!**

1903 · 4 · 5 · 6 · 7 · 8 · 9 · 1910

Genau wie diese Palme gewachsen ist,
ist der Konsum in

Palmin (Pflanzenfett) und **Palmona**
(Pflanzen-Butter-Margarine) in den letzten
sieben Jahren gestiegen. Diese Tatsache ist der
beste Beweis dafür, daß unsere Produkte
einem wirklichen Bedürfnis entsprechen. Es
wird bald keinen deutschen Haushalt mehr
geben, in dem Palmin und Palmona
nicht zu finden sind. Niemand sollte
daher veräumen, einen Versuch da-
mit zu machen.

H. Schlink & Cie. A.-G.

Unaufhaltsam wuchert in Villen, Häusern und Hütten

Schubcreme Pilu weiter! Wo
kommt das? Weil Pilu ein Freund
des Haushalts geworden ist; denn
das Dienstmädchen ist mit dem
Stiefelputzen in wenigen Minuten
fertig, die Frau und der Mann
freuen sich über den eleganten
Hochglanz und das Kind beschmüht
sich die Händchen nicht, wenn es
an den Schuhen spielt. Pilu ist un-
antastbar das beste aller existieren-
den Schuhputzmittel. Es werden
viele schlechte Schubcremes ange-
boten, daher Vorsicht beim Einkauf.

6 Luger Filialen 6 billige Tage

ab 10. bis einschließlich 16. dieses Monats.
mit Rabatt. Nur an Konsumenten. Nicht an Wiederverkäufer. mit Rabatt.

Kolonialwaren:

Diabolo-Kaffee, rot 1/2 Pfd. statt 80	nur 70
gelb 1/2	80
feinst. Kakao 1 Paket	20 " 16
Konjunkt-Cacao 1	75 " 68
Cichorie 3	24 " 22
Gerstenkaffee 1 Pfd.	18 " 16
Diabolo-Malz-Zusatz 1	30 " 27
Tafelreis II 1	21 " 18
I 1	28 " 26
Suppengetreide 1	17 " 14
Suppenreis II 1	20 " 18
I 1	21 " 19
franz. Grobgries 1	25 " 23
Fette:	
gar. reines Schmalz 1	63 " 59
dtsh. Mehl-Schmalz 1	85 " 78
Durlacher Stolz 1	90 " 85
Kolonialbutter 1	68 " 64
Butter: acht bay.	
Landbutter 1	1.85 " 1.28
Dürrfleisch, mager 1	1.05 " 90
Schinkenpied 1	1.25 " 1.15
Sauerkraut 1	18 " 16

Mehle:

Bei 5 Pfund:	
Brotmehle statt 14	nur 12
Weißbrotmehle	16 " 14
Ruchmehle	18 " 16
Konjunktmehl	19 " 17
Kerzen:	
Salon Paket	48 " 44
Tafelkerzen	65 " 62
Apollokerzen	55 " 52
Paraffinkerz.	25 " 27
Gaushrot	35 " 32
Kartoffeln, achte Pommerische Ore- nadiere, per 100 Pfund statt 4.60	nur 4.20
Teigwaren:	
Maccaroni, die Sorten	
29 g 32 g 36 g 45 g 60 g	26 g 29 g 33 g 42 g 57 g
Nudeln, die Sorten	
80 g 96 g 45 g 50 g 60 g	27 g 33 g 42 g 46 g 56 g

Hülsenfrüchte:

Sellerklingen III	statt 22	nur 18
II	25	22
I	30	27
Extra	40	35
Mittelslingen	18	16
Bohnen:		
gutkochende weiße	23	21
Perl-Bohnen	25	23
Erbsen:		
Victoria, gelbsäen	25	22
grüne, 1/2, Delikatess	35	32
Zur Vorbereitung:		
Wohnfortissen per 100 Pfund statt	28	nur 26
Seifen:		
Spartem	statt 81	nur 29
II	29	27
weiße Kernseife	20	27
gelbe	28	26
Schmierseife	21	18
Seifenpulver	15	13
Konsum-Seifen- pulver	4	3
Beilagenpulver	14	12

Luger u. Filialen

in den bekannten Verkaufsstellen.

Neu in Karlsruhe: Ecke Marien- u. Augartenstrasse.